



Karlspreis Europa-Forum 2003

Die Regierungsfähigkeit des Großen Europa 27. - 28. Mai 2003



Bertelsmann Stiftung



Stiftung
Internationaler
Karlspreis
zu Aachen



Karlspreis-Europa-Forum

2003



Karlspreis Europa-Forum

2003

Die Regierungsfähigkeit des Großen Europa

27. - 28. Mai 2003, Aachen

4	Ernstfall Europa	
		Vorwort von Prof. Dr. Werner Weidenfeld
6	Europa ist Europa	
		Gedanken des Karlspreisträgers Valéry Giscard d'Estaing zum Karlspreis-Europa-Forum in Aachen 2003
8	Herausforderung Europa	
		Rede des ehemaligen Staatspräsidenten der Republik Portugal Mário Soares zur Eröffnung des Karlspreis-Europa-Forums in Aachen 2003
10	Die Regierungsfähigkeit des Großen Europa	
		Diskussionspapier zum Karlspreis-Europa-Forum in Aachen 2003
20	Die Regierungsfähigkeit des Großen Europa	
		Bericht zum Karlspreis-Europa-Forum in Aachen 2003
		I. Die Regierungsfähigkeit des Großen Europa
		II. Europas Sicherheit – Herausforderungen und Gestaltungsoptionen
		III. Die Identität Europas – Die Frage nach Selbstverständnis und Grenzen Europas
34	Die Transatlantischen Beziehungen in einer sich verändernden Welt	
		Rede von Altbundeskanzler Helmut Schmidt zum Abschluss des Karlspreis-Europa-Forums und anlässlich der Verleihung des Karlspreises
42	Begründung des Direktoriums der Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen an den Präsidenten des Europäischen Konvents, Valéry Giscard d'Estaing	
46	Programm	
48	Teilnehmer	
51	Publikationen des Verlags Bertelsmann Stiftung	





Ernstfall Europa

Vorwort von
Prof. Dr. Werner Weidenfeld

4

Wer die Lage Europas mit wacher Sensibilität erfasst, spürt, dass mit der üblichen Integrationsrhetorik und dem traditionellen Pathos früherer Jahre keine adäquate Beschreibung der heutigen Europapolitik mehr möglich ist. Die Lage ist ernster. In dem Augenblick, in dem Europa sich in die Schlussphase eines ursprünglich groß angedachten Projekts einer Verfassungsgebung hineinbewegt, konfrontierte der Irak-Krieg die Europäer mit neuen Spaltungen innerhalb des Kontinents. Schlagartig wurde im Frühjahr 2003 deutlich, dass diese große Erfolgsgeschichte, an deren Pragmatismus wir uns über Jahrzehnte wie selbstverständlich gewöhnt hatten, existenziellen Gefahren ausgesetzt ist, ja sogar scheitern könnte.

In großen Reden wurde im Umfeld der Arbeit des Europäischen Verfassungskonvents davon gesprochen, dass dies ein historischer Moment sei, eine historische Chance für Europa. Doch ist es tatsächlich angebracht, die heutige Zuspitzung des Integrationsprozesses in diesem herkömmlichen Sinne einfach als historisch zu bezeichnen, zumal dieser Begriff über die Jahre hinweg in der Europapolitik geradezu inflatorisch benutzt wurde? Bereits die Gründung der Montanunion wurde als historisch verstanden, ebenso später die Gründung von EWG und Euratom, die Einführung der Direktwahl zum Europäischen Parlament, die Vollendung des Binnenmarktes und die Umsetzung der Währungsunion.

Historisch ist die Aufgabe, vor der der Integrationsprozess heute steht, weil nicht ein großes Thema wie in früheren Zeiten zu bewältigen ist, sondern weil gleichzeitig ein Bündel großer Existenzfragen zur Lösung aufgegeben ist. Finalität, Identität, politische Architektur, Sicherheit – alle diese Grundsatzfragen sind gleichzeitig gestellt und verlangen nach sofortiger Antwort, soll der Prozess nicht Gefahr laufen zu veröden oder gar gänzlich zu scheitern. Dies ist das singuläre Momentum der europäischen Gegenwart, das die Gestaltungsaufgabe der Europapolitik tatsächlich historisch erscheinen lässt.

Doch wie ist Europa zur Beantwortung dieser Grundfragen aufgestellt? Generell ist die Europäische Union gut bestückt und die Europapolitik weist gute Erfolge auf: der gemeinsame Markt, die Vollendung des Binnenmarktes, die Wettbewerbskontrolle, die gemeinsame Währung, die Freizügigkeit, die Rechtssicherheit sowie der anstehende Verfassungsvertrag, der diese Erfolgsgeschichte komplettieren könnte.

Gleichzeitig ist jedoch unverkennbar, dass Europa in dem Raum, der diese Art alltäglicher Lebensgestaltung beinhaltet, weitgehend unwirksam geblieben ist. Damit sind zwei große Komplexe gemeint, die gewissermaßen die Basis bilden: zum einen die ernste Existenzfrage nach Krieg und Frieden, zum anderen der Existenzkomplex der elementaren Garantie sozialer Sicherheit. Die Europapolitik hat den Sozialstaat der nationalen Kompetenz überlassen. Doch inzwischen rückt – ob wir dies wollen oder nicht – die Frage sozialer Garantien mehr in das Blickfeld der Europapolitik, und zwar durch den Druck des Systemwettbewerbs. Der Sozialstaat wird zu einem wichtigen Element in der Marktbeurteilung und rückt auch durch die demografischen Verschiebungen und die damit verbundenen Migrationsbewegungen in das Visier der Europapolitik.

Es wird sich zeigen müssen, ob der Verfassungsprozess die Erfolge, die in den Kernbereichen der Lebensgestaltung bisher erzielt wurden, vollenden wird und ob er die nötige Schwungkraft in den Integrationsprozess legt, den Weg zur Beantwortung der offenen Existenzfragen einzuschlagen.

Zur Auseinandersetzung mit diesen Grundfragen der Europapolitik führten die Bertelsmann Stiftung, der Oberbürgermeister der Stadt Aachen, die Karlspreisstiftung und das Karlspreisdirektorium mehr als 80 Entscheider aus Politik und Wirtschaft sowie Experten aus Wissenschaft und Medien Europas im Mai 2003 in Aachen zusammen. Am Vortag der Verleihung des Karlspreises an den Präsidenten des Europäischen Konvents, Valéry Giscard d'Estaing, diskutierten die Teilnehmer die strategische Dimension der zentralen Herausforderungen des Integrationsprozesses. Neben der Frage nach der politischen Bedeutung der Identität Europas und der Gestaltungsoptionen für ein europäisches Zusammenwirken auf dem Gebiet der Sicherheit, stand die Zukunft der Regierungsfähigkeit des großen Europa im Mittelpunkt der Debatten.

Die Debatten des Forums machten deutlich, dass es an der Zeit ist, sich den gebündelten Grundfragen zu stellen und die Anstrengung zu unternehmen, ein neues Zukunftsprojekt historischen Ausmaßes für die Union zu formulieren, denn nur so sind die Kräfte Europas zu vitalisieren. Eine Arbeitsagenda, der sich das Karlspreis-Europa-Forum zuwenden wird.

Prof. Dr. Werner Weidenfeld
Mitglied des Präsidiums der Bertelsmann Stiftung
Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung
der Universität München





Europa ist Europa

Gedanken des Karlspreisträgers
Valéry Giscard d'Estaing zum
Karlspreis-Europa-Forum
in Aachen 2003

"Gibt es eine europäische Identität?" – Dies ist ohne Zweifel eine der Fragen, die man mir am häufigsten stellt. Die Antwort ist ganz offensichtlich "Ja!" Es gibt eine starke und tief verwurzelte europäische Identität. Das kann ich bezeugen, denn ich lebe diese Identität seit meiner Kindheit.

Ich bin in Koblenz, an den Ufern des Rheins, geboren und aufgewachsen. Weit mehr als nur eine Grenze, weit mehr als ein Kriegsschauplatz oder ein Vorwand für gegenseitigen Hass, ist dieser wundervolle Fluss ein verbindender Strom zwischen der lateinischen und der germanischen Kultur, zwischen dem Osten und dem Westen Europas. In meiner Kindheit las und verehrte man an beiden Ufern Goethe und Montesquieu in gleichem Maße. Man las sie als große Denker unseres gemeinsamen Europa, als jene Geister, die es den Individuen erlaubten, ihre Persönlichkeit zu gestalten, und unserer Zivilisation, sich zu entfalten. Schon früh hatte ich den Eindruck, dann die feste Überzeugung, dass Europa eine Identität hat. Das, an was wir glauben, unsere Kultur, unsere Werte – all dies ist identisch. Hierfür gibt es viele Beweise.

Ich erinnere mich an jene erste Reise nach Italien, als die ersten Schritte hin zu einem gemeinsamen Europa vollbracht waren und ich die unmittelbare und beeindruckende Entdeckung machte, mich auch dort zu Hause zu fühlen.



Selbstverständlich ist es sehr viel einfacher, diese Identität zu fühlen als sie zu definieren. Ich glaube dennoch, sagen zu können, dass sie in einer tiefen Verbundenheit mit den Idealen des Humanismus wurzelt und in der beständigen Suche nach neuen und besseren Wegen, die Zukunft zu gestalten.

Man könnte wie ein Logiker die Frage stellen: Ist Europa Europa? Und meine Antwort wäre wiederum "Ja!" – und morgen sogar noch mehr als heute, denn

morgen wird Europa eine Verfassung haben. Diese Verfassung – die erste in der europäischen Geschichte – wird die Identität Europas ebenso bekräftigen wie seine Existenz.

Diese Verfassung wird aus sich selbst heraus ein zentrales Stück im Puzzle der europäischen Identität sein. Sie wird es ermöglichen, in einem grundlegenden Text die unterschiedlichen Elemente zusammenzuführen, die aus unserer Geschichte, unserem Bewusstsein, unserem Willen erwachsen, und die die Identität unseres Kontinents ausmachen.

Dabei sind nicht allein die Artikel der

Verfassung betroffen, die von den Werten oder den Zielen der Union Zeugnis geben. Für mich ist klar, dass jede Linie und jedes Wort eines jeden Artikels dieser Verfassung, die wir im Konvent schreiben, lebendiger Ausdruck der europäischen Identität sein muss.

Ich glaube, dass die Europäer diese Identität fühlen, und ich bin überzeugt davon, dass die europäische Verfassung dieser Entwicklung einen starken Impuls geben wird. Wir dürfen nicht vergessen, dass 65 Prozent der Europäer sagen, die Union müsse eine Verfassung haben. Und dann wird Europa in den Augen der Welt tatsächlich existieren.

Denen, die immer noch glauben, in einem großen gemeinsamen Europa "ihre Seele zu verlieren", halte ich meine Überzeugung entgegen, dass unsere Identitäten sich ergänzen und fruchtbar verbinden können: Mitglied einer Familie zu sein, hindert niemanden daran, gleichzeitig Individuum zu bleiben. Mitglied der Europäischen Union zu sein, hindert niemanden daran, weiterhin Bürger seines Landes zu bleiben!

Wenn der Konvent erfolgreich ist – wenn es ihm gelingt, einen Verfassungsentwurf für Europa vorzulegen, der ausgeglichen und solide ist, der der kontinentalen Dimension und den Herausforderungen unseres Jahrhunderts entspricht, und wenn es ihm gelingt, einen Entwurf vorzulegen, der die Einheit unseres Kontinents ebenso trägt wie den Respekt vor seinen Unterschieden, dann können die Mitglieder des Konvents nach Hause zurückkehren in dem verdienten Stolz, an einem entscheidenden Kapitel der Geschichte Europas mitgewirkt zu haben.

Der ehemalige französische Außenminister Jean François-Poncet gehörte zu den Teilnehmern



Herausforderung Europa

Rede des ehemaligen Staatspräsidenten der Republik Portugal, Mário Soares, zur Eröffnung des Karlspreis-Europa-Forums in Aachen 2003

"Im Jahr 2003, das auf internationaler Ebene so unruhig, unstabil und unsicher ist, befindet sich die Europäische Union an einem Scheideweg. Zum einen durch den Beitritt zehn neuer Mitgliedstaaten, zum anderen durch die Wirkung der tief greifenden institutionellen Reform. Die Fortschritte und die Anstrengungen, Konsens zwischen unterschiedlichen Positionen zu suchen und zu finden, sind offensichtlich. Trotz allem bleibt jedoch vieles in der Debatte um die institutionelle Reform noch offen, vor allem angesichts der künftigen Verfassung der Europäischen Union, die nach dem Vertrag von Maastricht ja eine "Union der Staaten und der Völker" ist.

Portugal ist im Juni 1985, nach einer langen Phase der Diktatur, als noch junge, zerbrechliche Demokratie und nach acht Jahren mühsamer Verhandlungen in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) eingetreten. Ich war damals einer der Verantwortlichen für diesen Schritt. Seitdem habe ich in meinen verschiedenen politischen Funktionen die tiefen Veränderungen der europäischen Konstruktion begleitet. Portugal hat unbestritten Vorteile aus dem Beitritt gezogen – so z. B. auf dem Gebiet der technologischen und wissenschaftlichen Modernisierung, vor allem aber auf der Ebene der Bildung und Erziehung.

Ich kann daher sehr gut nachvollziehen, wie groß das Interesse der osteuropäischen Länder an einem Beitritt zur Europäischen Union heute ist und welche "Solidaritätsbemühungen" sie von den Mitgliedstaaten erwarten. Wir dürfen nicht vergessen, dass noch weitere Kandidaten warten und dass wir sie weder enttäuschen können noch dürfen. Jedoch stellt uns die Erweiterung vor komplexe Probleme: Eine Union mit 15 Mitgliedern arbeitet anders als eine Union mit 25 oder 30 Mitgliedern. Daher benötigen wir Weisheit und Kühnheit sowie politische Führungspersönlichkeiten, die von der europäischen Idee überzeugt sind. Wir müssen den Mut haben, nationale Egoismen zu überwinden. Das europäische Projekt der "Gründerväter" war vor allem ein politisches Projekt mit den Zielen Frieden, Wohlstand für alle, dauerhafte Entwicklung und Solidarität.

"Das Projekt des europäischen Aufbaus hat keine historische Parallele" – Mário Soares

Die Welt hat sich inzwischen sehr verändert. Neue Technologien haben die Globalisierung vorangetrieben, nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern auch auf dem Gebiet der Wissensvermittlung. Die Welt ist nicht mehr in zwei rivalisierende Blöcke geteilt, angesichts einer militärischen Großmacht scheint sie einpolig zu sein.

In den letzten Monaten haben sich die politischen und religiösen Konflikte verschlimmert – leider auch der israelisch-palästinensische Konflikt, der die Situation im ganzen Mittleren Osten bedingt. Auch die durch den ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrats von den USA begonnenen Krieg gegen den Irak entstandenen Schäden müssen so bald wie möglich behoben werden.

Die traditionellen Beziehungen zwischen Europa und den USA haben sich verändert und das Atlantische Bündnis ist praktisch gelähmt. Die Marginalisierung der Vereinten Nationen hat sich verstärkt. Die Prinzipien des internationalen Rechts, wie sie seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges akzeptiert waren, wurden in gewisser Weise erschüttert.

Die Attentate von Riad und Casablanca bringen den Beweis, dass die Geißel des Terrorismus trotz der Kriege in Afghanistan und gegen den Irak weit davon entfernt ist, besiegt zu werden. Die Anwendung von Gewalt genügt nicht als Mittel im Kampf gegen den Terrorismus. Dieser Kampf ist nur wirksam, wenn er im Respekt der Menschenrechte und des internationalen Rechts geführt wird. Es muss versucht werden, die Ursachen des Terrors bzw. die ihm zugrunde liegenden Motivationen zu bekämpfen.

Der Welt fehlt eine starke und verantwortungsvoll handelnde Europäische Union – getragen von einer Kultur des Friedens und der Menschenrechte. Sie scheint auf allen Kontinenten, von Lateinamerika bis Afrika, vom

Mittleren Osten bis Asien als Gleichgewichts-, Verständigungs- und Friedensfaktor abwesend zu sein. Daher ist es notwendig, dass die Europäische Union eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik schafft.

Die europäischen politischen Führer und Parteien müssen auch den Mut haben, eine echte europäische Staatsbürgerschaft zu entwickeln. Geschieht dies nicht, wird die Union nie eine Strategie gegenüber den USA haben. Dabei geht es nicht um eine rivalisierende Strategie. Vielmehr fördert eine autonome Europäische Union eine gleichberechtigte Partnerschaft zwischen diesen zwei großen Weltpolen. Dies bringt dauerhafte Entwicklungen, wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt. Eine echte Partnerschaft sollte nicht auf einer militärischen Abhängigkeit aufgebaut sein.

Die Europäische Union verfolgt unweigerlich ihren Weg und die positiven Ergebnisse des Konvents sind dafür der unbestreitbare Beweis. Es bleibt jedoch noch viel zu tun, denn es gibt viele verschiedene Interessen, divergierende Verhaltensweisen und Konzeptionen – es ist wichtig, hier zu einem Konsens zu finden.

Das Projekt des europäischen Aufbaus hat keine historische Parallele. Es handelt sich um einen freiwilligen, einmaligen Weg, gekennzeichnet von Fortschritten, Rückschritten, Beständigkeit, kleinen und großen Schritten, vor allem aber von großer Kohärenz. Es stellt eine große Hoffnung dar und hat einen unschätzbaren Wert für diejenigen, die auf den Kampf für eine bessere Welt, für Frieden, Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität setzen. In dieser Hinsicht erfüllt es uns mit Stolz, was wir bis heute unter schweren Bedingungen im Laufe eines halben Jahrhunderts erreicht haben. Die derzeitige Herausforderung – die Erweiterung und die institutionelle Reform – ist allerdings noch viel größer. Deshalb müssen wir den Mut haben, unseren Weg fortzusetzen – für Europa und die Welt, zugunsten des Friedens, für die Vertiefung der Demokratie und des Dialogs zwischen den Völkern, in Anerkennung der Unterschiede, der Rechte und der Würde der anderen. Europa mit seiner Jahrhunderte



Die Regierungsfähigkeit des Großen Europa

Eckpunkte
einer erfolgreichen EU-Verfassung
Diskussionspapier
zum Karlspreis-Europa-Forum 2003

10

Europa will sich eine Verfassung geben. Ein solches europäisches Grundlagendokument bietet die Chance, Effizienz und Transparenz nicht nur als hehre Ziele zu Papier zu bringen, sondern diese Prinzipien praxistauglich auszugestalten. Wie bitter nötig dies ist, hat einmal mehr der außenpolitische Scherbenhaufen verdeutlicht, den nationale Sonderwege im Irakkonflikt hinterlassen haben. Aus dieser Erfahrung ergeben sich zwei alternative Entwicklungsmöglichkeiten: Entweder eine Art Lernschock, der zu echten Integrationsfortschritten führt. Oder aber das Virus des Misstrauens wird weiter grassieren und Europa von innen zersetzen. Um Europas Verharren in der wirtschaftlichen Integration zu überwinden, sind strategisches Denken und die Einsicht nötig, dass wir nur gemeinsam mehr Einfluss auf die großen politischen Herausforderungen nehmen können. Dieser Verantwortung muss der Konvent für die Verfassungsreform der Europäischen Union gerecht werden.

Wenn es dem Konvent und der folgenden Regierungskonferenz gelingt, die Frage nach ihrer künftigen Verfasstheit umfassend zu beantworten, wird man von einem historischen Erfolg sprechen können. Dazu gehört die Benennung der Ziele und Werte, auf denen die Einigung beruht, ebenso wie eine auf dieser Basis vereinbarte Arbeitsteilung zwischen den Mitgliedstaaten, der Union und ihren Institutionen. Sollte ein in sich geschlossener konstitutioneller Gesamtentwurf jedoch misslingen, dann lauern in den Kulissen der internationalen Politik etliche Alternativen zur Integration: die Wiederkehr des Nationalismus, die Erosion der Union, die



Entsolidarisierung des Gemeinschaftswerkes. Ein Blick in die Geschichte Europas zeigt, dass das Arsenal an Krisen und Katastrophen geradezu unerschöpflich ist. Die Europäer sind also gut beraten, die kulturelle Leistung einer Verfassungsordnung zu erbringen.

Der Konvent darf sich nicht im Kleingedruckten verzetteln. Über der Diskussion um Punkt und Komma kann die große Linie verloren gehen. Aufgabe des Konvents und seines Präsidiums ist es daher, die großen Weichenstellungen vorzunehmen und in einen kohärenten Text zu gießen. An fünf Eckpunkten wird sich eine erfolgreiche europäische Verfassung ausrichten müssen. Das künftige europäische Grundlagendokument muss die Verfassungstraditionen der Mitgliedstaaten berücksichtigen, das Aufgabenprofil der EU schärfen, Führung gewährleisten, die Handlungsfähigkeit eines großen Europa sichern sowie die Weiterentwicklung der Verfassungsgemeinschaft ermöglichen.



Diskutierten Details des ersten Verfassungsentwurfs:
Werner Weidenfeld mit Alojz Peterle und Jean François-Poncet

1 Verfassungstraditionen berücksichtigen

Das Projekt Europa den Bürgern wieder näher zu bringen, ist ein zentrales Ziel des laufenden Reformprozesses. Die Vielfalt an Regelungen, Verträgen und Protokollen, die sich in den letzten 50 Jahren

Klaus Gretschmann im Gespräch mit José Pedro Sebastián de Erice und Norbert Walter

wildwüchsig entwickelt hat, soll neu und nachvollziehbar geordnet werden. In den Verfassungen der Mitgliedstaaten sind die Beziehungen von Bürgern und Politik verankert. Ein solches Grundmuster ist bislang im EU-Vertragswerk nicht erkennbar. Eine europäische Verfassung sollte den Bürgern die Identifikation mit dem politischen Europa ermöglichen. Das wird nur dann zu erreichen sein, wenn der Verfassungsvertrag so gestaltet ist, dass er mit den gemeinsamen, nationalen Verfassungstraditionen in Europa kompatibel ist. Dazu gehören folgende Komponenten:

Wertefundament

Alle Verfassungen der Mitgliedstaaten der EU, die britische ‚ungeschriebene‘ eingeschlossen, räumen rechtsverbindlichen Grund- und Bürgerrechten eine zentrale Rolle ein. Sie sind die Voraussetzung für modernes, auf den Bürger bezogenes Regieren und sollten daher auch auf der EU-Ebene eine entsprechend prominente Stelle einnehmen. Mit der durch den ersten EU-Konvent im Jahr 2000 vorgelegten Grundrechtecharta ist das Wertefundament der Europäischen Union bereits gelegt worden. Die Charta sollte nun rechtsverbindlich und in ihrem vollen Wortlaut an einer besonders herausgehobenen Stelle in die Verfassung aufgenommen und nicht nur als integraler Bestandteil in Form eines Protokolls angehängt werden. Das bedeutet auch, dass die Bürger ein individuelles Klagerecht erhalten sollten, damit die Charta als integrativer Schutzraum greifbar werden kann.

Gewaltenteilung

Seit der französischen Revolution sind Machtkontrolle und Machtbeschränkung durch das balancierte Zusammenspiel von Exekutive, Legislative und Judikative in nahezu allen politischen Systemen Europas fest verankert worden. Staaten, die dieses Strukturelement einer westlichen Demokratie nicht verwirklicht haben, ist der Zugang zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union verwehrt. Die europäische Verfassung muss daher das Grundprinzip der Gewaltenteilung aufgreifen, indem sie Mechanismen zur gegenseitigen Kontrolle der Machtausübung der europäischen Institutionen festlegt, um so die vorhandenen Lücken in den Legitimationsketten und Kontrollmöglichkeiten europapolitischer Entscheidungen zu schließen. Auch wenn die EU ein politisches System sui generis sein mag, ist die Anwendung der Gewaltenteilung der entscheidende Maßstab für die Reformen der Aufgabenverteilung, der Gesetzgebung und ihrer Durchführung.



Im Sinne dieses Prinzips sollten die exekutiven und legislativen Funktionen des Rates voneinander getrennt werden, um die Effizienz des Entscheidungsprozesses, die Fähigkeit der EU zur konsistenten Umsetzung beschlossener Politikziele und die allgemeine Zurechenbarkeit von politischer Verantwortung zu steigern. Der Rat sollte deshalb seine gesetzgeberischen Aufgaben künftig in Gestalt einer Staatenkammer ausüben, für die eine rotierende Präsidentschaft beibehalten werden kann. In den operativen Politikfeldern, die (noch) nicht der gemeinschaftlichen Gesetzgebung unterliegen, sollten die Mitgliedstaaten im Rahmen von Lenkungsräten zusammenkommen. Diese operativen Lenkungsräte sollten von Vertretern der Mitgliedstaaten und der Kommission gemeinsam geleitet werden. Alle legislativen Entscheidungen der Staatenkammer, insbesondere die mit qualifizierter Mehrheit getroffenen, sollten prinzipiell unter die Mitentscheidung des Europäischen Parlaments und die judikative Kontrolle des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) gestellt werden. Dies ist bisher vor allem in jenen Vertragsteilen, die den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts betreffen, noch nicht durchgängig der Fall. Alle exekutiven Durchführungsmaßnahmen, die heute weitgehend im Rahmen der Komitologie ergriffen werden, sollten vom Gesetzgeber in einem transparenten und nachvollziehbaren Verfahren delegiert und kontrolliert werden.

Mitwirkungsrechte

In den meisten Mitgliedstaaten ist die repräsentative Vertretung der Bürger über die Parlamente ein zentrales Element der Demokratie. Die Mehrzahl der europäischen Staaten sieht zudem direkte Mitwirkungsrechte für Bürger auf gesamtstaatlicher oder regionaler Ebene vor. Auch die europäische Verfassung muss die Beteiligung der Bürger über das Europäische Parlament wirksamer als bisher gewährleisten. Obgleich einer der zentralen Pfeiler der Demokratie in Europa, werden die Wahlen zum Europäischen Parlament bislang von den Bürgern nicht als Chance zur wirksameren Gestaltung und Kontrolle der Europapolitik wahrgenommen.

Die Bedeutung des Wahlaktes muss deshalb gestärkt und sichtbar gemacht werden. In diesem Sinne sollte dem Europäischen Parlament das Recht zur Wahl des Kommissionspräsidenten zugesprochen werden. Die nötige Einigung auf gemeinsame Kandidaten und Programme würde den parlamentarischen Charakter des politischen Systems der EU betonen und die Ausbildung transnationaler Parteien fördern. Darüber hinaus könnte der europäische Charakter der Parlamentswahlen durch die Vergabe eines Teils der Sitze über europaweite Listen und die Einführung grenzübergreifender Wahlkreise noch weiter herausgehoben werden. Zusätzlich sollten die nationalen Parlamente frühzeitig und regelmäßig über die europäischen Gesetzgebungsvorhaben informiert werden, damit sie die Aktivitäten ihrer Regierungen im Rat angemessen kontrollieren können. So weisen die in den beiden Protokollen zur Subsidiarität und der Rolle der nationalen Parlamente vorgesehenen Rechte in die richtige Richtung. Doch sollten vor allem Eingriffsmöglichkeiten in das Gesetzgebungsverfahren oder auch das Klagerecht für den Ausschuss der Regionen direkt in die entsprechenden Abschnitte der Verfassung aufgenommen werden und nicht in Protokolle ausgelagert werden. Letzteres wird weder der Bedeutung dieser Bestimmungen gerecht, noch trägt es zu einer nachvollziehbaren Struktur der Verfassung bei.

2 Aufgabenprofil schärfen

Die europäische Verfassung muss die Grundprinzipien, Ziele und Aufgaben der Union klar und nachvollziehbar definieren. Darüber hinaus muss die Arbeitsteilung zwischen der europäischen und der nationalen Ebene sowie zwischen den Organen der EU eindeutig geregelt werden. Dies ist für die europäische Ebene umso bedeutsamer als sich die EU fortwährend dem Vorwurf der Zentralisierung und Anmaßung von Zuständigkeiten ausgesetzt sieht. Eine grundlegende Ziel- und Kompetenzdefinition schafft Klarheit und Berechenbarkeit. Sie ist eine unabdingbare Voraussetzung für die politische Gestaltungsfähigkeit, die Transparenz und Akzeptanz der Union.

Zieldefinition

Die Erfolge der europäischen Integration – wie die Sicherung von Frieden und Stabilität, die auf Dauer angelegte wirtschaftliche Prosperität, die erfolgreiche Einführung des Euro oder die Verwirklichung offener Grenzen zwischen den Mitgliedstaaten – sind in der Regel rasch konsumiert. Sie werden innerhalb kürzester Zeit nach ihrer Realisierung von den Bürgern als Selbstverständlichkeit betrachtet. Die Frage nach dem Zweck und dem notwendigen Ausmaß der Integration ist daher ein ständiger Wegbegleiter der europäischen Einigung. Die Verfassung muss diese Frage beantworten. Eine klare Definition der Werte und Grundprinzipien der EU ermöglicht die Fokussierung der Gemeinschaft auf gemeinsame Ziele und deren Vermittlung gegenüber den Bürgern. Eine solche Klarstellung festigt jedoch nicht nur



Ernst-Moritz Lipp fragte nach der Gestalt des künftigen europäischen Sozialmodells

die Wertegemeinschaft nach innen, sondern ermöglicht zudem eine konsistente Repräsentation dieser geteilten Werte nach außen. Daher ist das mühsame Ringen der Konventsmitglieder um die entsprechenden Eingangsbestimmungen der Verfassung ein essenzielles Unterfangen, an dessen Ende ein allen Bürgern Europas vermittelbares Ziel- und Wertegeraster stehen muss.

Arbeitsteilung

Eine klare Zieldefinition ist in jedem politischen System zentrale Voraussetzung für die Bestimmung der notwendigen Kompetenzen und Instrumente. Die Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen der Unions- und der mitgliedstaatlichen Ebene muss das Spannungsfeld zwischen zentripetalen und zentrifugalen Kräften austarieren. Die Regelungen sollten eine angemessene und subsidiaritätsgerechte Konzentration der Union auf gemeinsame Aufgaben erlauben und der mitgliedstaatlichen Ebene Aufgaben von substantiellem Gehalt belassen. Zugleich darf eine Kompetenzabgrenzung den Handlungsspielraum und die dynamische Entwicklungsfähigkeit der Union nicht übermäßig beschneiden.

Die Union muss in die Lage versetzt werden, auch in der Zukunft angemessen auf neue Herausforderungen reagieren zu können. Die größte Schwierigkeit bringt hierbei die herausragende Stellung des Prinzips der Einzelermächtigung mit sich. Die für den ersten Teil der Verfassung vorgeschlagene Bildung von Aufgabenkategorien bringt keine wesentlichen Vorteile gegenüber dem Status quo, wenn nicht die Bestandteile der Einzelregelungen in dem die ausführlichen Durchführungsbestimmungen betreffenden Verfassungsabschnitt einem einfacheren Änderungsverfahren unterliegen. Die schon heute bekannte Auflistung der Aufgaben aus den Hochglanzbroschüren der Gemeinschaft würde nur auf die Verfassung übertragen, ohne die rechtliche Substanz zwingend zu verändern und die Undurchsichtigkeit de facto zu beseitigen. Die Zuweisung und Begrenzung der Zuständigkeiten im ersten, konstitutionellen Teil der Verfassung muss daher so eindeutig sein, dass zur Änderung der Politiken im voraussichtlich dritten Abschnitt kein allzu rigides und langwieriges Verfassungsänderungsverfahren notwendig ist.

Zuständigkeitszuweisung

Erst wenn Klarheit darüber besteht, welche Aufgaben der europäischen Ebene übertragen werden, kann über die horizontale Zuständigkeitsverteilung innerhalb des politischen Systems der EU entschieden werden. Die



Aufgaben und Instrumente sind dann eindeutig den einzelnen EU-Institutionen zuzuweisen. Nur so kann die Verantwortung für politische Erfolge und Misserfolge klar zugeordnet werden. Für die Rechtssetzung sollten prinzipiell das Europäische Parlament als Bürgerkammer und der Rat als Staatenkammer gemeinsam verantwortlich sein. Als Standardverfahren ist die Mitentscheidung durch das Europäische Parlament bei Mehrheitsentscheidungen im Rat festzulegen. Notwendige Abweichungen hiervon sind eindeutig zu begrenzen und zu begründen. Vor allem sollten die zentralen Bestimmungen des Gesetzgebungsverfahrens und der Durchführung von Gesetzen klar erkenntlich definiert werden und dürfen nicht in den hinteren Teil oder gar in Protokolle zu einer künftigen EU-Verfassung ausgelagert werden.

Das Initiativrecht sollte bei der Kommission liegen. Sollten Besonderheiten des Politikfeldes oder nationale Sensibilitäten es erfordern, so sind hier Ausnahmen denkbar, die auch den Mitgliedstaaten auf begrenzte Zeit ein Initiativrecht zugestehen. Die Kontrolle der Gesetzgebung sollte vom Europäischen Parlament und dem Europäischen Gerichtshof ausgeübt werden. Exekutivmaßnahmen im Bereich des Gemeinschaftsrechts sollten von der Kommission beschlossen werden. In den (noch) primär zwischenstaatlich geprägten Politikbereichen der wirtschaftspolitischen Koordination, der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GASP/ESVP) sowie bestimmten Bereichen der Innen- und Justizpolitik sollten Lenkungsräte unter dem gemeinsamen Vorsitz der Mitgliedstaaten und der Kommission diese Aufgabe übernehmen.

3 Führung gewährleisten

Um den in der Verfassung definierten gemeinsamen Zielen gerecht zu werden, muss das große Europa der 25 und mehr Mitgliedstaaten in die Lage versetzt werden, effizient zu handeln. Die Handlungsfähigkeit der Union wird maßgeblich von den politischen Führungsqualitäten des reformierten institutionellen Systems der

EU abhängig sein. Entscheidend ist dabei, in welchem Maße die politischen Führungsspitzen fähig sind, strategische Vorgaben zu definieren, die nötigen Umsetzungsbeschlüsse unter den EU-Mitgliedstaaten auszuhandeln und deren Umsetzung in konkrete Politik zu befördern. Diese Funktionen werden laut Vertrag im Mächtedreieck von Rat, Kommission und Parlament entschieden. Als zusätzliche Kontrollinstanzen dienen der Europäische Gerichtshof und der Rechnungshof. Eine immer zentralere Rolle nimmt zudem der Europäische Rat ein. Dieser gibt der Union die für ihre Entwicklung erforderlichen Impulse und legt die politischen Zielkoordinaten fest. Längst droht der Europäische Rat über diese Leitlinienfunktion hinaus zur zentralen Schaltstelle der EU zu werden – ein Aufsichtsrat, der dem Vorstand in Gestalt der Kommission und den Aktionären in der parlamentarischen Hauptversammlung kaum mehr Handlungsspielraum zubilligt. Das Institutionengefüge der EU braucht daher ein neues, ausgewogenes und von den Bürgern akzeptiertes Gleichgewicht zwischen den Spitzengremien der Union.

Machtgleichgewicht

Eine neue Machtbalance zwischen den Führungsspitzen der EU-Institutionen muss den gemeinschaftlichen und zwischenstaatlichen Legitimationssträngen der EU als Verbund von Staaten und Bürgern gleichermaßen gerecht werden. Als Ausgangspunkt sollte der Präsident der Kommission nicht länger von den Staats- und Regierungschefs benannt und lediglich vom Europäischen Parlament bestätigt, sondern künftig direkt vom Europäischen Parlament gewählt werden. Europäische politische Parteien sollten ihren jeweiligen Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten auf der Basis eines gemeinsamen Wahlprogramms nominieren. Die Wahl des Kommissionspräsidenten würde die Legitimität und Machtbasis der Kommission sowie ihres Präsidenten stärken und damit die Rolle der Brüsseler Behörde als Katalysator gemeinsamer Interessen und als Integrationsmotor neu beleben. Im Sinne einer Beibehaltung des institutionellen Gleichgewichts und der politischen Durchsetzbarkeit einer solchen Aufwertung der Machtbasis der Kommission muss diese mit einer Reform der zwischenstaatlichen Strukturen der EU einhergehen.



Machtabgrenzung

Die Verfassungsbestimmungen müssen grundlegende Prinzipien für eine effiziente und arbeitsteilige Machtausübung definieren. Die Funktionen beider Präsidenten müssen klar benannt werden, wenn Konkurrenz und Reibungsverluste vermieden werden sollen. Dies betrifft vor allem die neu zu bestimmende Rollendefinition eines Präsidenten des Europäischen Rates. Im Außenverhältnis sollte dieser Präsident auf höchster internationaler Ebene für die Union sprechen und den Europäischen Rat dabei unterstützen, die Prinzipien und Leitlinien für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), einschließlich ihrer Sicherheits- und Verteidigungsdimension (ESVP), zu definieren. Ein den europäischen Interessen verpflichteter Politiker an der Spitze des Europäischen Rates könnte den Konsens der Staats- und Regierungschefs vor allem in den Fragen der harten Sicherheit befördern, die die Mitgliedstaaten noch immer als Kernelement der nationalen Souveränität verstehen.

Die Etablierung eines mit außenpolitischen Kompetenzen ausgestatteten Präsidenten ergänzt weitere unabdingbare Integrationsbemühungen im Bereich der GASP/ESVP. Die Lehren der Irak-Krise verdeutlichen die Notwendigkeit einer substanziellen Reform der entsprechenden Vertragsgrundlagen. Auch wenn die primärrechtlichen Normen einer künftigen EU-Verfassung alleine nicht genügen werden, um die Handlungsfähigkeit der Union in ähnlich gearteten Krisensituationen zu garantieren, belegen die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte, dass die substanzielle Weiterentwicklung der Instrumente, Mittel und institutionellen Strukturen die Ausbildung eines gemeinsamen Handlungswillens fördert. Im Innenverhältnis sollte der Präsident die Treffen der Staats- und Regierungschefs vorbereiten, leiten und die Follow-up-Aktivitäten organisieren sowie als Sprecher des Europäischen Rates fungieren. Der Präsident des Europäischen Rates und der Kommissionspräsident sollten gemeinsam für die Koordination der Arbeit im Rat verantwortlich sein. Die Kommission mit ihrem Präsidenten wäre hingegen für Gesetzgebungsinitiativen und Durchführungsmaßnahmen in allen Feldern der Gemeinschaftspolitiken zuständig.

Das gegenwärtige System einer rotierenden Präsidentschaft wird den Erfordernissen einer erweiterten EU nicht gerecht. Den Vorsitz im Europäischen Rat, der sich wieder stärker auf seine strategische Richtlinienfunktion konzentrieren muss, sollte künftig ein für einen längeren Zeitraum gewählter hauptamtlicher Präsident über-

Elisabeth Pond warnte vor einem Auseinanderfallen der transatlantischen Allianz



nehmen. Dieser von den Staats- und Regierungschefs auf der Grundlage einer doppelten Mehrheit von repräsentierten Bürgern und Staaten gewählte Präsident könnte den Konsensfindungsprozess unter den Staats- und Regierungschefs fördern, die politische Dynamik aufrechterhalten und Stagnation vermeiden. Somit wäre ein neues Gleichgewicht zwischen Rat und Kommission und in Verbindung mit der Stärkung des Europäischen Parlamentes auch zwischen supranationalen und intergouvernementalen Legitimationssträngen der Europäischen Union gewährleistet.





Verantwortlichkeit

Ein vom Europäischen Parlament gewählter Kommissionspräsident sowie ein von den Staats- und Regierungschefs ernannter Präsident des Europäischen Rates mit jeweils klar abgegrenzten Aufgabenbereichen bringen mehr Klarheit in die Führungsstrukturen der EU und steigern somit die Regierungsfähigkeit des Europa der 25-plus. Vor allem aber sind politische Entscheidungen sowie die Verantwortlichkeit für Erfolge bzw. Misserfolge leichter zuzuordnen. Eine eindeutige Zurechenbarkeit von Verantwortung, die den realen Machtverhältnissen und der Aufgabenteilung zwischen der mitgliedstaatlichen Ebene und der Unionsebene Rechnung trägt, wird die weit verbreitete Praxis im politischen Alltag der EU reduzieren, je nach Sachlage anderen die Schuld zuzuschieben bzw. umgekehrt europapolitische Erfolge für sich selbst zu verbuchen. Ein Verhalten, das bisher durch überlappende Machtbereiche und unzureichende Rollendefinition begünstigt wurde.

16

4 Handlungsfähigkeit sichern

Eine handlungsfähige Union bedarf nicht nur politischer Führung, sondern auch effizienter Entscheidungen und ihrer verlässlichen Umsetzung. Immer wieder wird der Union vorgeworfen, sie könne in Krisen unterschiedlichster Natur nicht adäquat reagieren. Die Unfähigkeit, rasch und sachgerecht zu handeln, birgt die Gefahr, dass die Union in den Augen der Bürger an Autorität und Legitimität verliert. Ein wichtiger Prüfstein für eine gemeinsame europäische Verfassung ist daher die Einführung klarer und übersichtlicher Mechanismen, die es erlauben, politische Absichtserklärungen in die Wirklichkeit umzusetzen. Grundlegend ist, dass die neue

Verfassung Verfahren einführt, die Entscheidungen erleichtern und dabei gleichzeitig die Implementierung und Finanzierung solcher Beschlüsse sichern.

Gestaltungsfähigkeit

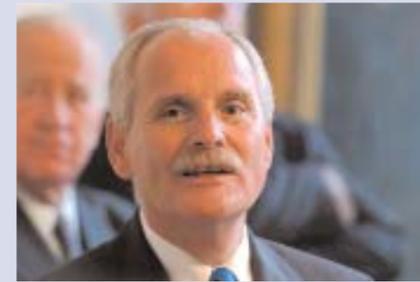
In einer erweiterten EU müssen Dynamik und Anpassungsfähigkeit angesichts sich wandelnder interner und externer Rahmenbedingungen gewahrt werden. Die Gestaltung politischer Wirklichkeit erfordert eine schnelle Reaktion auf der Basis klar definierter Verfahrensweisen. Dazu gilt es, politische und finanzielle Interessenkonflikte zu überwinden, die jedes politische System kennzeichnen. Die Unterschiede liegen jedoch im Grad des jeweiligen Konsensbedarfs. Dieser ist in der Europäischen Union besonders hoch. So wäre beispielsweise eine Fundamentalreform der Agrarpolitik mit qualifizierter Mehrheit im Rat möglich. Da jedoch die grundlegenden Entscheidungen im Rahmen der Finanzverhandlungen getroffen werden, greift bei der dadurch notwendigen Paketlösung wieder das Einstimmigkeitsprinzip.

In weiten Teilen der Steuer-, Wirtschafts-, Innen- und Justiz- sowie der Außen- und Sicherheitspolitik ist das Einstimmigkeitsprinzip von vornherein ein Nadelöhr bei der Durchsetzung effektiven Unionshandelns gegenüber nationalen Partikularinteressen. Deshalb wird auch diesmal die Ausweitung der qualifizierten Mehrheitsentscheidungen ein zentraler Gradmesser für die Verbesserung der Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit sein. Die qualifizierte Mehrheit im Rat sollte als Standardverfahren in der neuen Verfassung festgeschrieben werden. Ausnahmen, die weiterhin Einstimmigkeit erfordern, sollten sorgfältig begründet und ggf. unter einen zeitlichen Vorbehalt gestellt werden. Eine solche Regelung würde Transparenz ob der anzuwendenden

Verfahren sicherstellen und gleichzeitig dafür sorgen, dass das Einstimmigkeitserfordernis nur noch in Ausnahmefällen zulässig ist.

Umsetzungsfähigkeit

Nur wenn einmal getroffene Entscheidungen auch tatsächlich umgesetzt werden, kann von einer handlungsfähigen Union die Rede sein. Auch in Zukunft werden grundsätzlich die Mitgliedstaaten die Verantwortung für die Umsetzung von europäischen Gesetzen tragen. Klarheit bedarf es jedoch darüber, wann der Bedarf an einheitlicher Durchführung die Übertragung von Durchführungsbeschlüssen an die Kommission rechtfertigt, und wer für die Kontrolle der Umsetzung verantwortlich ist. Wichtig ist es also, Transparenz und demokratische Kontrolle auch bei der Umsetzung von Rechtsakten sicherzustellen. Gleichzeitig mit der Rechtssetzung sind Regelungen vorzusehen, die eine effektive Umsetzung der Entscheidungen garantieren. Auch sollte jede nicht-legislative Entscheidung eine klare Zuweisung möglicher exekutiver Zuständigkeiten beinhalten – je nachdem, ob nach dem gemeinschaftlichen



Ein modernes Europa muss sich seiner Verantwortung für die Weltbevölkerung bewusst sein – Eberhard von Koerber

oder dem zwischenstaatlichen Verfahren gehandelt wird. Dies bedeutet, dass in jeder Entscheidung klar aufgeführt werden muss, wer für die Umsetzung verantwortlich ist, wer die Durchführung kontrolliert und welcher Zeitrahmen dafür vorgesehen ist.

Darüber hinaus sollte die Verfassung grundsätzlich die Überwachung des Implementierungsprozesses in allen legislativen Bereichen durch das Europäische Parlament und den EuGH vorsehen. In denjenigen Bereichen, die noch nicht in das Gemeinschaftsverfahren überführt werden können (Teile der wirtschaftspolitischen Koordination, der GASP/ESVP und der Zusammenarbeit im Bereich Inneres und Justiz), sollte die Verantwortung für die Umsetzung von Beschlüssen beim Rat liegen, der in Zusammenarbeit mit der Kommission für eine kohärente Politik sorgen muss.

Leistungsfähigkeit

Jede Entscheidung ist nur so gut wie die zur Verfügung stehende Mittelausstattung, um sie umzusetzen. Aus diesem Grund muss die EU-Verfassung sicherstellen, dass bei Rechtsakten der Union gleichzeitig auch die erforderlichen finanziellen Ressourcen bereit stehen, um diese in die Tat umzusetzen. Zwar sollten die Umsetzungsverpflichtung und das Implementierungsvorrecht der Mitgliedstaaten nicht berührt werden, doch müssen Beschlüsse, die das Handeln einer Institution auf EU-Ebene erfordern, auch mit den entsprechenden personellen und finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Dies gilt insbesondere dann, wenn aufgrund des Kohärenzbedarfs die Durchführungsbefugnisse an die Kommission oder den Rat übertragen werden. Erst eine tragfähige Finanzverfassung ermöglicht eine nachhaltige Gestaltungsfähigkeit der EU. Für das Haushaltsverfahren gilt es daher, das Europäische Parlament und den Rat als gleichberechtigte Haushaltsinstanzen zu etablieren und Blockademöglichkeiten in einer erweiterten Union von vornherein entgegen zu wirken.

5 Fähigkeit zur Weiterentwicklung sicherstellen

Entscheidend für die Beständigkeit der zukünftigen europäischen Verfassung wird ihre Fähigkeit sein, Dynamik und Stabilität dauerhaft in Einklang zu bringen. So muss die EU einerseits einen klar umrissenen Grundkonsens definieren, andererseits jedoch Neuerungen und institutionelle Anpassungen an veränderte Verhältnisse zulassen.

Flexibilisierung

In einer erweiterten Union droht die Fortentwicklung der europäischen Integration in zentralen Bereichen wie der sozialen, der inneren und der äußeren Sicherheit am fehlenden Willen der Mitgliedstaaten oder dem Zwang zur Einstimmigkeit zu scheitern. Mit der Einführung von Mehrheitsbeschlüssen als Entscheidungsregel ist in diesen Feldern noch nicht zu rechnen. Schon im Konvent selbst, jedoch auch unter den Regierungen findet sich dazu kein Konsens. Flexible Mechanismen zur Zusammenarbeit sollten vor allem auf diesen Feldern eine Weiterentwicklung der Union erlauben. Diese wäre dann zunächst mit den Mitgliedstaaten zu verwirklichen, die dazu bereit und in der Lage sind. Seit dem Vertrag von Amsterdam steht hierfür das Instrument der "Verstärkten Zusammenarbeit" zur Verfügung. Dieses konnte jedoch aufgrund zahlreicher Anwendungsrestriktionen bisher nicht angemessen genutzt werden.

Immerhin sind mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Nizza einige dieser Einschränkungen entfallen. Der Konvent sollte das Differenzierungsinstrument auf jeden Fall in die künftige Verfassung übernehmen. Vor allem mit Blick auf die möglichen Anwendungsfelder sowie die erforderliche Anzahl der Teilnehmer sind jedoch weitere Lockerungen auf der langen Liste der restriktiven Ausführungsbedingungen vorzunehmen. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Außenbeziehungen. Nur so können die Gestaltungspotenziale dieses Instruments effektiv ausgeschöpft und die verstärkte Zusammenarbeit als glaubwürdige Alternative gegenüber einer Blockadepolitik einzelner Staaten eingesetzt werden. Keinesfalls darf es dabei allerdings zu einem dauerhaften Ausschluss der anfangs nicht teilnehmenden Staaten kommen.



Anpassungsfähigkeit

Nicht nur die Anwendung und Umsetzung von Gemeinschaftspolitik bedarf der Flexibilität. Konventspräsident Giscard d'Estaing strebt zwar zu Recht eine Verfassung an, die die nächsten 50 Jahre Bestand hat, doch werden immer wieder Anpassungen notwendig sein. Diese können in einer EU mit 25, geschweige denn mit 28 und mehr Mitgliedstaaten nicht mehr auf der Grundlage des heute gültigen, langwierigen Prozederes für Vertragsänderungen erfolgen. Zunächst sollte daher die vorgesehene Aufteilung in konstitutionelle Rahmenbedingungen und politikfeldbezogene Detailbestimmungen genutzt werden, indem zumindest der die Durchführungsbestimmungen betreffende Verfassungsteil einem vereinfachten Revisionsverfahren ohne Einstimmigkeitszwang und Ratifikation durch alle Mitgliedstaaten unterworfen wird. Hier sollten besonders qualifizierte Mehrheiten im Rahmen des Zustimmungsverfahrens ausreichen, sofern die Definition und Begrenzung der Kompetenzkategorien im ersten Teil eindeutig genug festgelegt worden sind. Für die konstitutionellen Bestimmungen des ersten Verfassungsteils wäre der Konvent nach den bisherigen Erfahrungen das geeignete Gremium für die Vorbereitung künftiger Verfassungsreformen, bevor diese dem Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten zur Ratifikation vorgelegt werden. Ohne ein solches geteiltes Revisionsverfahren würde eines der wichtigsten Effizienzpotenziale der Verfassungsgebung vergeudet.

Inkrafttreten

Die Konsolidierung und Vereinfachung des historisch gewachsenen Rechtsbestandes der europäischen Integration in einem Dokument, das die Grundwerte und Grenzen, die Ziele und Zuständigkeiten sowie die Verfahren und Institutionen umfasst, gehören zu den Kernaufgaben des Konvents. Diese Herausforderung sollte nicht lediglich als eine redaktionelle, technische Aufgabe verstanden werden – es geht vielmehr darum, die bereits erreichte konstitutionelle Qualität der Integration sichtbar zu machen. Damit wird die Grundlage für die Abrundung eines durchschaubaren europäischen Regierungssystems mit eigener Rechtspersönlichkeit geschaffen. Der EU-Konvent hat die einmalige

Chance, in einem offenen Prozess eine verständlichere Konzeption als das Säuleneuropa à la Maastricht zu entwickeln.

Zunächst einmal muss jedoch sichergestellt werden, dass die Verfassung nach ihrer Erarbeitung und Verabschiedung durch den Konvent sowie der Annahme durch die Staats- und Regierungschefs auch in Kraft treten kann. Bereits im Verfassungsentwurf muss daher festgelegt werden, dass die Verfassung für die Staaten, die ihre Zustimmung erteilen, nicht an der fehlenden Ratifikation einzelner Mitgliedstaaten scheitern darf. Die Verfassung sollte daher bereits nach der Ratifizierung durch eine festgelegte Anzahl von Staaten, die eine Mindestzahl von Bürgern vertreten, in Kraft treten. Sollten einzelne Staaten oder deren Bürger die Verfassung mehrfach ablehnen, müssten diese ihre Mitgliedschaft per Referendum zur Disposition stellen.



Josef Janning im Gespräch mit Georg Dick

Konsequenzen für die Konventsarbeit

Über den Rahmen des künftigen Primärrechts – einen Verfassungsvertrag mit voraussichtlich vier Hauptteilen – besteht weitestgehend Einigkeit. Gelingt es dabei, die heutige Säulenstruktur sowie die Vielfalt an Verträgen und Gemeinschaften im Rahmen der Europäischen Union zu überwinden, diese mit einer einheitlichen Rechtspersönlichkeit zu versehen sowie die Grundrechtecharta einzubeziehen, wäre unter dem Gesichtspunkt der Transparenz schon viel erreicht. In dieser Hinsicht stimmt der Stand der Konventsarbeit zuversichtlich. Um jedoch zugleich die Handlungs- und Entwicklungsfähigkeit der Europäischen Union zu verbessern, müssen weitere mutige Eingriffe an der Substanz der heutigen Vertragsbestimmungen erfolgen. Mit einer schlichten Fortschreibung des Bestehenden ist das große Europa der 28 und mehr Mitgliedstaaten nicht zu realisieren. Wenn die Bürger wieder für ein zukunftsfähiges und erfolgsorientiertes Europa gewonnen werden sollen, darf der Konvent kein Konsenspaket ohne Durchschlagskraft vorlegen. Es muss ein Gesamtwerk entstehen, das die Regierungskonferenz durch seine Stringenz verpflichtet, dieses möglichst unverändert zu übernehmen. Kann darüber im Konvent kein Konsens erzielt werden, so steht das Projekt der Integration insgesamt auf dem Spiel – ein Auseinanderdriften der EU-Staaten würde dann vom Worst-Case-Szenario zur realistischen Option. Nur ein ambitioniertes Ergebnis kann die EU als vitale Erfolgsgemeinschaft fit für künftige Herausforderungen machen. Diese Alternativen müssen der Konvent, die Mitgliedstaaten und die Bürger Europas klar im Blick behalten.



Johannes Müllejans und Jost Pfeiffer

Zum Auftakt der Konferenz umriss Professor Werner Weidenfeld die aktuelle Lage des Integrationsprozesses. Es sei deutlich spürbar, dass mit der althergebrachten Integrationsrhetorik keine adäquate Beschreibung der Lage der europäischen Politik mehr möglich sei. Im gleichen Augenblick, in dem die Europäer sich in die Schlussphase eines ursprünglich groß angedachten Projekts einer Verfassungsgebung für den gesamten Kontinent hineinbewegten, seien sie aus Anlass des Irak-Krieges mit neuen Spaltungen konfrontiert, die teilweise auf vergessenen geglaubten Ressentiments beruhten. Die Gefahr bestehe, dass der Virus des Misstrauens Europa wieder befallte, und selbst das Scheitern der Erfolgsgeschichte der Integration scheinbar nicht mehr undenk-

bar. Gleichzeitig stehe der Prozess der Integration vor einer Zäsur historischen Ausmaßes. Historisch sei die Aufgabe in ihrer Dimension, weil nicht wie so oft in der Geschichte ein großes Thema allein zu bewältigen sei, sondern weil den Europäern gleichzeitig ein ganzes Bündel großer Existenzfragen aufgegeben sei. So habe die Verflechtung der europäischen Gesellschaften eine solche Dichte angenommen und das Niveau der Integration eine solche Qualität erreicht, dass sich die Fragen nach Finalität, Identität und politischer Architektur nicht mehr umgehen ließen. Gleichzeitig stellten globale Handlungsnotwendigkeiten beständig die Frage nach der zukünftigen Sicherheitskonstruktion.

Die Regierungsfähigkeit des Großen Europa

28. Mai 2003, 9.00 – 12.30 Uhr

Impulsreferate:

Tonino Picula, Danuta Hübner, Elmar Brok

Wenige Tage vor dem zweiten Karlspreis-Europa-Forum veröffentlichte das Präsidium des Konvents zur Zukunft der Europäischen Union einen ersten Gesamtentwurf für den Aufbau eines europäischen Verfassungsvertrages. Mit der Einberufung des Konvents hatte sich die Europäische Union nicht weniger als eine Generalrevision



Die alte Integrationsrhetorik ist unbrauchbar – Werner Weidenfeld

Will Kroatien in die EU führen – Tonino Picula

Die Regierungsfähigkeit des Großen Europa

Bericht zum Karlspreis-Europa-Forum 2003
im Historischen Ratssitzungssaal
des Aachener Rathauses, 27. - 28. Mai 2003

von
Armando García-Schmidt
Bertelsmann Stiftung

ihrer Zuständigkeiten, Institutionen und Verträge vorgenommen. Nach einem Jahr konzentrierter Arbeit im Konvent und kurz vor den abschließenden Beratungen über einen tragfähigen Verfassungsentwurf stellte das Karlspreis-Europa-Forum die Frage nach der zukünftigen Regierungsfähigkeit des großen Europa. Als Grundlage der Diskussion diente den Teilnehmern ein Strategiepapier des Münchner Centrums für angewandte Politikforschung. Darin werden fünf zentrale Anforderungen für eine erfolgreiche europäische Verfassung beschrieben. Unter anderem müsse die Arbeitsteilung zwischen der Union und den Nationalstaaten sowie den Institutionen der EU untereinander eindeutig geregelt werden. Weiterhin gefordert werden eine klare politische Führung, eine politische Doppelspitze mit herausragenden Persönlichkeiten, effiziente Entscheidungsmechanismen mit einer Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen sowie eine flexible Verfassung mit elastischen Ausführungsbestimmungen, die auch zukünftigen Veränderungen gerecht werde. In die Debatte, mit der das zweite Karlspreis-Europa-Forum in Aachen eröffnet wurde, führten drei namhafte europäische Politiker ein.

1 Auf dem Weg zu einer starken Union

Zu Beginn seiner Ausführungen unterstrich der Außenminister der Republik Kroatien, Tonino Picula, dass die Europäer heute Gestalter eines unglaublich aufwändigen Vorhabens seien. "Wir arbeiten unermüdlich daran, Europa zu einem Land ohne Grenzen zu machen, zu einem Kontinent, von dessen Vorteilen alle europäischen Bürger profitieren können", so Picula. Als Vertreter eines Landes, das noch nicht Mitglied der Europäischen Union sei, habe er eine besondere Sensibilität für die Bedeutung der Union, denn diese sei für sein Land nicht nur eine Gemeinschaft, deren Bestandteil man sein wolle, sondern Weg und Ziel zugleich. So unternehme Kroatien derzeit die gewaltige Anstrengung, die gesamte Gesellschaft an die Standards der Union anzupassen, "denn Europa bedeutet zuerst einmal, unsere eigene Identität zu benennen. Und die Europäische Union ist der institutionelle Ausdruck dieser Identität." Für Kroatien sei Europa weder ein abstraktes Ideal, noch eine Pflicht, die durch fremde Kräfte auferlegt werde. Die Europäische Union sei sowohl die eigene Wahl als auch die eigene Zukunft.

Intensives Gespräch am Rande der Tagung: Thomas Fischer und Karl-Heinz Lambertz



Mit Blick auf die anstehende Erweiterung sei Kroatien sehr glücklich, dass sowohl Ungarn als auch Slowenien ab Mai 2004 Mitglieder der Europäischen Union sein würden. Ihre Mitgliedschaft bringe die Europäische Union zu den westlichen und nördlichen Grenzen Kroatiens und wie mit der natürlichen Bewegung einer große Welle werde mehr EU nach Kroatien gespült. Das Bedürfnis nach Anpassung werde auf diese Weise noch größer als bereits jetzt und der Reformmotor werde zusätzlich angetrieben. "Ich bin mir ganz sicher, dass Kroatiens Bewerbung für die Mitgliedschaft zur EU genau dieselben Auswirkungen auf unsere östlich angrenzenden Nachbarn haben wird und auch bei ihnen den Wunsch wecken wird, der Europäischen Union beizutreten", so der kroatische Außenminister.

Dabei hänge der Zeitpunkt einer erneuten Erweiterung nicht ausschließlich von den Fähigkeiten Kroatiens ab, die notwendigen Forderungen zu erfüllen, sondern auch von der Fähigkeit der Europäischen Union, neue Länder aufzunehmen. Obwohl im Augenblick nur Betrachter, sei Kroatien sehr interessiert zu wissen, wie die Union in Zukunft aussehen und funktionieren werde. Den Debatten im Konvent zur Zukunft der Europäischen Union folge man in Kroatien sehr aufmerksam. Niemand

tionellen Reformen zu unterstützen, die die Union stärken und ihre Regierungsfähigkeit sicherten.

Abschließend appellierte Picula an die Politik insgesamt, offener auf neue Situationen zuzugehen und zu versuchen, die Zukunft der Europäischen Union eher funktional als bürokratisch zu sehen. So müssten etwa die Anstrengungen im Hinblick auf eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ebenso wie auf die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik verstärkt werden, da sie die einzig richtige Antwort seien auf Bedrohungen, Risiken und Herausforderungen. "Die Natur der Bedrohungen, besonders der neuen Generation, ist funktional und muss mit entsprechenden Gegenangriffen beantwortet werden. Sowohl Staaten, die Mitglieder der EU werden wollen, als auch Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft profitieren nur, wenn sie in diesen Bereichen integriert sind", so Picula.

Danuta Hübner gestaltet die polnische Europapolitik



2 Die Erfolge des Konvents

Danuta Hübner, Europaministerin der Republik Polen, zeigte sich optimistisch, dass der Konvent zum Abschluss seiner Arbeit einen guten Kompromiss bezüglich der künftigen Ausgestaltung der Europäischen Union finden werde. Auch die neuen Mitgliedstaaten seien bereit, für diesen nötigen Kompromiss enorme Anstrengungen zu erbringen.

Um effektiv arbeiten und die Erwartungen der Bürger erfüllen zu können, müsse die Union perfekt funktionieren. Niemand sei daran interessiert, Mitglied einer Gemeinschaft zu sein, die nicht beschlussfähig sei und die nicht die Fähigkeit besitze, Langzeitstrategien zu entwickeln und diese dann umzusetzen. "Daher brauchen wir eine Europäische Union, in der Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten klar definiert und zugeordnet sind", so die Vertreterin der polnischen Regierung im Europäischen Konvent. Zur Erreichung dieser Ziele habe der Konvent Fortschritte gemacht und ausgewogene Vorschläge vorgelegt.

Werner Weidenfeld stellt die notwendigen Elemente der europäischen Verfassung dar

Hübner befürwortet eine länger andauernde Präsidentschaft im Europarat. Der Rat solle ein Gremium werden, das auch Entscheidungen von längerfristiger politischer Tragweite treffen könne, und die Union werde nur von einer starken Persönlichkeit in der Präsidentschaft profitieren.

Der Ministerrat solle von den Mitgliedstaaten geführt werden. Der Vorschlag Polens gehe daher in Richtung einer Gruppenpräsidentschaft. Die sechsmonatige Präsidentschaft sei in der Vergangenheit sehr bedeutend gewesen, denn sie habe das Interesse in den jeweiligen Staaten an der Europäischen Sache vergrößert. Zudem habe sie dazu geführt, dass der jeweilige Präsident enorme Anstrengungen unternahm, um effektive Ergebnisse und Beschlüsse zu erwirken. Mit 25 oder mehr Mitgliedsstaaten würde die sechsmonatige Rotation jedoch schwierig, denn die Wartezeit für jedes einzelne Land wäre zu groß. Daher der Vorschlag Danuta Hübners, mehrere Länder zusammenzufassen, die die Präsidentschaft dann möglicherweise für ein Jahr gemeinsam innehätten.

Aus dem selben Grund favorisiert Hübner das System "Ein Land - ein Kommissar" zunächst für eine Periode bis zum Jahr 2010. Die Mitgliedschaft in der Kommission sei - insbesondere für die kleinen Länder - in den ersten Jahren ihrer Zugehörigkeit zur EU immens wichtig. Nichtsdestoweniger hält sie die Reduzierung der Größe der Kommission für zwingend notwendig.

Des Weiteren müsse es einen Fortschritt in der Außenpolitik geben, denn auf diesem Gebiet herrschte in jüngster Vergangenheit zuviel Uneinigkeit. Die allgemeine Übereinkunft hinsichtlich eines europäischen Außenministers und seiner Aufgaben erfordere noch einiges an Diskussion, um diese Institution zu realisieren.



Wolfgang Gerhardt und Dieter Philipp im Gespräch über die Themen der Konferenz



Irene Schulte-Hillen: Mitglied des Karlspreis-Direktoriums

zweifle daran, dass eine umfangreiche Reform für die größte Erweiterung in der Geschichte der Europäischen Union notwendig sei, denn die Union werde mit einer zunehmenden Zahl verschiedener Interessen umgehen müssen, sowohl Diskussionen als auch Entscheidungsprozesse würden noch komplexer. Ziel Kroatiens sei es in jedem Falle, einer starken Union beizutreten. Darum bemühe es sich bereits jetzt darum, diejenigen institu-

Zusammenfassend stellte die polnische Europaministerin fest, dass die Regierbarkeit eines größeren Europa über die derzeitige Debatte im Konvent weit hinausgehe. So bleibe neben dem konstitutionellen Europa auch die Herausforderung, wirtschaftspolitische Stabilität zu gewährleisten, essenziell. "Wenn wir diese Herausforderungen annehmen, so wird die Europäische Union in einigen Jahrzehnten nicht nur eine Wirtschaftsmacht, sondern auch eine politische Macht darstellen", so Hübner.

3 Wie weit kann die Handlungsfähigkeit reichen?

Der Konvent sei eingerichtet worden - erinnerte der Vorsitzende des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten im Europäischen Parlament, Elmar Brok, - weil man in den grundlegenden Fragen in Maastricht, Amsterdam und Nizza nicht weiter gekommen sei. Am Anfang habe der Konvent in vielen Bereichen erhebliche Fortschritte erzielt. Dazu zählte Brok z. B., dass die Charta der Grundrechte rechtsverbindlich in die europäische Verfassung übernommen wird oder die Festlegung einer Rechtspersönlichkeit für die Union: "Entscheidungen, die für die Entwicklung der Europäischen Union von großer Bedeutung sind, die den Bürger mehr in den Mittelpunkt rücken und ihm die entsprechenden Rechte geben", so Brok.

Bei den entscheidenden Machtfragen hingegen habe es keine Weiterentwicklung gegeben, kritisierte Brok, der neben anderen das Europäische Parlament im Konvent vertritt: So wurde bei der Vorlage der Dokumente des Konventspräsidiums im Laufe der dem Karlspreis-Europa-Forum vorausgehenden Woche nichts im Wort-



Fordert eine effiziente EU-Kommission: Danuta Hübner

Würde der Ratspräsident mit den angedachten Zuständigkeiten Wirklichkeit, brauche man auch den Posten des Europäischen Außenministers nicht zu besetzen, denn das eigentliche Geschäft würde ausschließlich der hauptamtliche Präsident erledigen. "Arbeitet man zudem - aufgrund der Erfahrungen aus der Irak-Krise - künftig in der Außenpolitik mit der Einstimmigkeit von 25 Ländern, wird die europäische Außenpolitik für die nächsten 20 Jahre unwirksam sein. Denn kein europäischer Staat wird dann alleine in der Lage sein, bei den Fragen um Krieg und Frieden in dieser Welt noch eine Rolle zu spielen" warnte Brok.

Beschäftige man sich mit der Regierungsfähigkeit Europas, so Brok abschließend, müsse man sich hinsichtlich künftiger Erweiterungen überlegen, wie weit die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union gehen könne. In der Vergangenheit konnte jeder europäische Staat, der die Beitrittsbedingungen erfüllte, Mitglied der europäischen Union werden. Künftig müsse der Beitritt eines Staates darüber hinaus auch im Interesse der Union liegen. "Wir müssen sehen, wie weit die Bindekraft der Institutionen und der Rechtsordnung geht, damit die EU eine leistungsfähige Ordnung wird und bleibt. Deshalb sollten wir für eine zukünftige Erweiterung diesen neuen Maßstab anlegen", unterstrich der Europaabgeordnete. Eine Option sei es, neue Visionen für den "europäischen Wirtschaftsraum plus" zu entwickeln, sodass die Vollmitgliedschaft nicht auf unabsehbare Zeit die einzige Option bleibe.

Europas Sicherheit – Herausforderungen und Gestaltungsoptionen

28. Mai 2002, 13.30 – 15.30 Uhr

Impulsreferate:

José Pedro Sebastián de Erice, Klaus Naumann

Eine gemeinsame Wahrnehmung der sicherheitspolitischen Herausforderungen und eine strategische Vision des Großen Europa fehlen auch am Ende des Irak-Krieges. Dabei entscheidet das Ringen um die politische Union, zu deren Kern auch die Außen- und Sicherheitspolitik gehört, über Fortschritt oder Zerfall der Föderation europäischer Staaten. All dies tritt zutage zu

laut geändert, obwohl es in der Frage der Institutionen fast 1000 Änderungsanträge aus dem Kreis der Konventsmitglieder gegeben habe. Weitere Beispiele gebe es, die nach Brok sogar auf eine Verschlechterung der europäischen Politik hindeuteten. So werde in dem derzeitigen Verfassungsentwurf dem Europäischen Parlament bei der mittelfristigen Finanzplanung das Zustimmungsrecht eingeräumt. "Wenn jedoch die Gelder für die Dauer von sechs Jahren verteilt sind, werden die Mitglieder des Europäischen Parlaments so unter Druck gesetzt, dieses Paket nicht aufzuschnüren, dass ein "Nein" völlig unvorstellbar ist. Das Europäische Parlament wird auf diese Weise keinen wirklichen Verhandlungsanteil an der Erstellung der mittelfristigen Finanzplanung haben", mahnte Brok.

Ein wichtiger Punkt sei, ob man in der Frage nach der Handlungsfähigkeit entschieden voran komme. Das Abstimmungsverfahren im Rat sei weiterhin kompliziert, sodass sich eine Abstimmung unter 27 Ländern schwierig gestalten werde, zumal einige Länder die Möglichkeit der Blockade haben. Positiv zu werten sei Brok zufolge ein Vorschlag des Verfassungsentwurfes, nämlich die Einführung der einfachen doppelten Mehrheit.

Die derzeit angedachte Beschränkung, der Ratspräsident müsse zwei Jahre lang Mitglied des Europäischen Rates gewesen sein, bewertete Brok als verfassungsrechtlich bedenklich, da hier zusätzlich zu dem ungenügend parlamentarisch kontrollierbaren Gremium eine Position mit voraussichtlich zunehmend exekutiver Machtfülle geschaffen werde, die keiner parlamentarischen Kontrolle unterliege.

Fordert Visionen für einen europäischen Wirtschaftsraum: Elmar Brok



Werner Weidenfeld, Alojz Peterle und Hermann Krämer auf dem Weg zum Forum

einer Zeit, in der sich die Europäische Union einerseits anschickt, das Projekt der Einigung des Kontinents zu vollenden, indem Konvent und Regierungskonferenz eine Verfassung für Europa ausarbeiten und andererseits die räumliche Reichweite der Integration weit nach Osten verschoben wird. Die Dynamik dieser beiden Handlungsstränge scheint von den außen- und sicherheitspolitischen Positionsdifferenzen bisher unberührt. Welchen akuten Gestaltungsbedarf, welche Gestaltungsmöglichkeiten gibt es im Inneren und im Äußeren? Wird das Projekt einer teileuropäischen Verteidigungsunion dabei den Effekt eines Magneten ausüben können? Dies waren die Leitfragen für die Diskussionsrunde "Europas Sicherheit - Herausforderungen und Gestaltungsoptionen". Impulsreferate zweier international renommierter Sicherheits- und Außenpolitiker gaben der Debatte Impulse. Der spanische Verteidigungsminister, Federico Trillo-Figueroa Martínez-Conde, musste seine Teilnahme absagen, da spanische Soldaten auf der Rückkehr aus ihrem Friedenseinsatz in Afghanistan tödlich verunglückt waren. Ihn vertrat der Staatssekretär des spanischen Außenministeriums, José Pedro Sebastián de Erice.



Diskutierten die sicherheitspolitische Dimension der Europäischen Einigung:
José Pedro Sebastián de Erice, Werner Weidenfeld und Klaus Naumann

1 Für die transatlantische Sicherheitsgemeinschaft

Mit ihrer langen Erfahrung und aufgrund des in Washington entwickelten innovativen Strategiekonzepts sei die nordatlantische Allianz jetzt und auch in Zukunft in der Lage, sich den neuen Risiken und Bedrohungen zu stellen, so der Staatssekretär des spanischen Außenministeriums. Die Allianz habe sich bei der Bewältigung der Krise nach dem 11. September 2001 ebenso bewährt wie bei der internationalen Terrorismusbekämpfung.

26

Eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik stehe der transatlantischen Bindung nicht entgegen, sondern müsse vielmehr auf ihr basieren. Es munde widersprüchlich an, wenn ein europäisches Land einerseits versuche, die transatlantische Bindung und die besondere Beziehung zu den Vereinigten Staaten innerhalb der Allianz zu verteidigen, und andererseits begäbe, diese Beziehungen zu marginalisieren, wenn es um den Aufbau einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik ginge. Es sei einfach und rational, die transatlantischen Bindungen in vollem Umfang beizubehalten, und zeitgleich am Prozess der Entstehung einer gemeinsamen europäischen Verteidigung zu arbeiten.

Während der letzten offiziellen Konferenz der europäischen Verteidigungsminister in Brüssel habe es allgemein ein Gefühl der Genugtuung über die verbesserte operative Leistungsfähigkeit der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gegeben. Obwohl die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik noch nicht vollkommen funktionsbereit sei, sei eine Menge auf den Weg gebracht worden. Alle Verteidigungsminister würden darin übereinstimmen, dass neue Missionen – insbesondere jene der NATO in Bosnien-Herzegowina – übernommen werden könnten. Auch seien Stimmen zu vernehmen, die eine Verantwortungsübernahme in anderen Gegenden der Welt für vorstellbar hielten.

In der Rückschau könne man sagen, dass in Europa seit den Konferenzen von Nizza und Helsinki ein Reformprozess in Gang gekommen sei, dessen Ziele sich in fünf Bereiche unterteilen ließen, so Sebastián de Erice:

1 Die Europäer müssten sich ihrer gemeinsamen Werte und Interessen versichern, wie sie z. B. in den § 6 und 11 des Gründungsvertrags und in den Artikeln 2 und 3 des Entwurfes der europäischen Verfassung niedergeschrieben seien – Würde, Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Toleranz, Gerechtigkeit und Solidarität. Diese Werte müssten von allen Mitgliedsstaaten und allen Beitrittskandidaten akzeptiert werden. Weiterhin müssten Frieden und Wohlstand kontinuierlich gefördert werden.

Die Interdependenz in unserer Welt erlaube es heute nicht mehr, Sicherheit ausschließlich als regionale Aufgabe zu betrachten. unterstrich der ehemalige Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, Klaus Naumann, zu Beginn seines Beitrages. "Wir leben in einer Welt voller Gegensätze und in einer Welt des Umbruchs. Es zeigen sich gewaltige Diskrepanzen in Wohlstand und Bevölkerungsstruktur. Die Einwohner Europas, Russlands und Chinas werden älter, und ihre Bevölkerung nimmt, mit Ausnahme Chinas, ab. Afrikas Bevölkerung

Die spanische Sicht der Dinge –
José Pedro Sebastián de Erice



2 Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik müsse auf eine neue Grundlage gestellt und wirkungsvoll gestaltet werden, um die Kriterien des Zusammenhaltes zu festigen, um die gesetzliche und politische Verbindlichkeit zu erhöhen, und um darüber hinaus ein wirklich strategisches Konzept für Europa zu entwerfen.

3 Die Europäer müssten sich jedoch ebenso auf ihre transatlantischen Beziehungen besinnen, indem sie der NATO Priorität in allen Verteidigungsfragen einräumen.

4 Darüber hinaus müssten die Europäer ihre Beziehungen zu Drittländern neu ausbalancieren: zu den Ländern, mit denen es EU-Beitrittsvereinbarungen gibt, zu den osteuropäischen Staaten und besonders zu den Ländern der Südflanke.

5 Schließlich sollte die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik den Restrukturierungsprozess des neuen internationalen Systems unter Berücksichtigung der neuen Rolle und der wachsenden Bedeutung der internationalen Organisationen in Sicherheitsfragen beeinflussen.

Abschließend versicherte Sebastián de Erice im Auftrag des spanischen Verteidigungsministers, dass dieser hier wichtige und spannende Betätigungsfelder sehe, für die Entschlossenheit und eine feste europäische Überzeugung gebraucht würden.

2 Herausforderung und Gestaltungsoption für europäische Sicherheit

Die Interdependenz in unserer Welt erlaube es heute nicht mehr, Sicherheit ausschließlich als regionale Aufgabe zu betrachten. unterstrich der ehemalige Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, Klaus Naumann, zu Beginn seines Beitrages. "Wir leben in einer Welt voller Gegensätze und in einer Welt des Umbruchs. Es zeigen sich gewaltige Diskrepanzen in Wohlstand und Bevölkerungsstruktur. Die Einwohner Europas, Russlands und Chinas werden älter, und ihre Bevölkerung nimmt, mit Ausnahme Chinas, ab. Afrikas Bevölkerung

wird jünger, ist jedoch durch Krankheiten dezimiert. Die Bevölkerung Südamerikas wächst. Der Altersdurchschnitt in Europa wird in 50 Jahren bei 55 liegen. Es ist fragwürdig, ob Europa so wirklich den Herausforderungen als "global player" gewachsen sein kann", so Naumann weiter. Europa müsse sich klar sein, dass es Juniorpartner der USA bleiben werde, wenn es ihm auch in Zukunft nicht auf gleicher Ebene gegenüber treten könne.

Europas Modell der friedlichen Konfliktregelung durch Ausgleich – Ergebnis der letzten 300 Jahre fürchterlicher Kriege mit Millionen von Toten – könne und solle Vision und Ziel bleiben, doch sei es derzeit und für die nahe



Klaus Naumann: Europa muss auch militärisch handlungsfähig sein

Zukunft global nicht verwendbar, so der Sicherheitsfachmann. Ein Europa, das gestaltender Akteur sein wolle, müsse auch militärisch handlungsfähig sein. Dies könne jedoch nicht durch bloßes Kopieren der USA geschehen, jedoch auf eine Weise, die Europa zum einen in die Lage versetze, Risiken begegnen zu können. Zum anderen müsse Europa mit einer Stimme sprechen, die von den anderen Machtzentren dieser Welt wegen seiner Fähigkeit zur Konfliktbewältigung gehört werde.

An der Notwendigkeit einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestehe somit kein Zweifel, wohl aber über deren Ausgestaltung. Vier Risiken sieht Naumann dabei auf Europa zukommen:

1 Das Nationalitätenrisiko: Es gebe eine Vielzahl ungelöster Nationalitätenfragen, die zu Konflikten führen können, wie z. B. die völlig offene Frage der albanischen und serbischen Nationalitäten auf dem Balkan. Zwar seien Protektorate geschaffen worden, eine politische Lösung sei jedoch noch nicht vorhanden. Ebenso sei der Kaukasus ein großer Konfliktherd, der zu Europa gehöre, und das menschenrechtsverletzende Vorgehen Russlands dort verschärfe die Situation. "Wir haben in Europa zumindest die Hoffnung, durch integrative Lösungen, durch die Erweiterungsprozesse von europäischer Union und NATO, Instrumente zur friedlichen Lösung dieser Konflikte gefunden zu haben. Dies gilt jedoch nicht global", so Naumann.

2 Die anhaltende Proliferation von Massenvernichtungswaffen und von Raketentechnologie: Europa brauche dagegen einen passiven reaktiven Schutz durch Raketentechnologie. Dies sei jedoch nur in Kooperation mit den USA möglich. Gleichzeitig brauchen wir neue Ansätze für Rüstungskontrollen und für Counter-Proliferation.

3 Das Globalisierungsrisiko: Neue, nichtstaatliche Akteure träten auf die Bühne, die sich alle militärischen Mittel dieser Welt beschaffen könnten. Neue Formen von Angriffen würden denkbar. Die bisherige Trennung in innere und äußere Sicherheit sei daher nicht mehr sinnvoll, unterstrich Naumann.

4 Europa müsse in der Umbruchsituation, in der es sich befinde, auch die Restrisiken bedenken. Das gelte sogar für die Europäische Union selbst, denn die Integration Europas sei nicht unumkehrbar. Die Wiederkehr des Nationalismus sei ebenso eine Gefahr wie die Erosion der Europäischen Union eine mögliche Folge bleibe. Was für die EU gelte, gelte erst recht für die Staaten des größeren Europas außerhalb der 25. Absicherung dagegen biete allein das Festhalten am Transatlantischen Bündnis, an der NATO. Dies trage auch der Tatsache Rechnung, dass man strategisch gesehen den atlanti-

schen Raum und Europa getrennt überhaupt nicht verteidigen könne. Ein amerikanisches Commitment für die Verteidigung Europas sei jedoch ohne eine größere Leistungsfähigkeit Europas illusorisch. "Aus dieser Betrachtung der Lage ergibt sich zwingend, dass Sicherheit für Europa nur in einem gemeinschaftlichen, den Nationalstaat überwindenden Ansatz zu erreichen ist – eine Aufgabe von globaler Dimension", so Naumann.

Zur Zeit existiere ausschließlich ein amerikanischer Strategieentwurf für das 21. Jahrhundert, ein europäisches Konzept fehle. EU-Kräfte des 21. Jahrhunderts könnten und sollten als multinationale Komponenten aufgestellt werden, wie z. B. eine europäische Komponente für bemannte und unbemannte Luftaufklärung. Warum könne Europa nicht eine Komponente zur elektronischen Kriegsführung aufstellen? Was hindere Europa daran, eine Komponentenstreitkraft multinational zur taktischen Raketentechnologie aufzustellen? Europa wäre auf diese Weise zu eigenständigem politischen Handeln befähigt. Es würde in die NATO die für die Amerikaner wichtigen Komponenten einbringen, die den Europäern im Gegenzug mehr Einfluss zusicherten. Europa solle sich eines Tages für eine wirkliche gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und für eine gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik entscheiden, in der auch mit Mehrheit über Krisenmanagement Entscheidungen getroffen werden könnten, und nicht mehr mit Einstimmigkeit. "Wir brauchen kein Europa, das sich gegen die USA positioniert, sondern ein Europa, das die globale Macht der USA für ein Europa, das globale Sicherheitsinteressen hat, nutzbar macht", so Naumann abschließend.



Hermann Krämer
Vorsitzender des Stiftungsrates
der Aachener Karlspreisstiftung

Aufmerksame Zuhörer:
Norbert Walter
Roger de Weck
Christian Wernicke



Die Identität Europas – Die Frage nach Selbstverständnis und Grenzen

28. Mai 2003, 16.00 – 18.00 Uhr

Impulsreferate:

Miloslav Kardinal Vlk, Jean François-Poncet, Vural Öger

Der Moderator der Debatte über die Identität Europas, der Journalist und Publizist Roger de Weck, machte zu Beginn seiner Einführung deutlich, das Besondere an der Europäischen Union sei, dass sie weder Reich noch Nation, sondern ein neuartiges Phänomen in der Weltgeschichte sei. Die EU suche immerzu nach der eigenen Form, die sie jedoch noch nicht gefunden habe. Das mache die gegenwärtige Schwäche der Europäischen Union aus, vielleicht könne das langfristig jedoch auch zu einer Stärke werden, denn die Europäische Union sei

1 Sich auf die Wurzeln Europas besinnen

Miloslav Kardinal Vlk, Erzbischof von Prag, stellte an den Beginn seiner Überlegungen einen Satz von Robert Schuman: "Möge Europa seine Berufung mehr und mehr erkennen, den Kern zu bilden für eine friedliche Zusammenarbeit aller Völker im Dienst der Menschheit." Interessant sei, so Vlk, dass Schuman nicht nur die Einheit

Europas vorschwebte, sondern die Einheit Europas zum Dienst an der Einheit der ganzen Menschheit. Damit sei ein wichtiger Aspekt im christlichen Verständnis von Identitätsfindung benannt: Zu seiner Identität finde derjenige, der sich in den Dienst der größten Einheit stelle.

Viele Menschen sähen Anlass zur Sorge, im europäischen Einigungsprozess ihre Identität zu verlieren. Dies betreffe

insbesondere die osteuropäischen Länder, die fürchteten, dass durch wirtschaftliche Standards ein kaltes Gefüge von Richtlinien und Wirtschaftskriterien ihre Eigenheit und ihre Seele angreife. Auch werde die Frage nach der Identität oftmals mit der Frage nach der Ziehung der Grenzen verbunden. Hier gebe es die bekannte Sorge um die Aufnahme der Türkei in die europäische Union.



Moderierte die Diskussion zur Identität Europas: Roger de Weck

möglicherweise so etwas wie die zukunftsweisende Form. Viele Menschen werden nicht allzu lange im engen Korsett der Nation verharren wollen, geschweige denn unter dem Joch eines Imperiums. Eine Reihe von Fragen dränge sich auf, so de Weck: Wie könne eine positive Definition europäischer Identität aussehen? Wie werde aus der Vielfalt eine Stärke? Ist europäische Identität statisch oder dynamisch, ist nach dem Grundsatz europäisch, was europäisch wird?

Oft neige man tatsächlich dazu, so Vlk, sich auf die westeuropäischen Merkmale als Grenze und Orientierung in der Charakteristik und Identität Europas zu beschränken. Hier spielten auch Sorgen mit, die in das Umfeld der These vom Kampf der Kulturen gehörten. Diese hätten sich durch den 11. September und den Irakkrieg noch verstärkt. Klugerweise habe Kommissionspräsident Romano Prodi auf die Frage nach den Grenzen Europas zur Antwort gegeben, es sei nun endlich der Zeitpunkt gekommen, sich genau diese Art von Fragen zu stellen. Das sei ein guter Anfang, denn die richtigen Fragen sind häufig nützlicher als die richtigen Antworten.



Kardinal Miloslav Vlk definiert die Identität Europas von den christlichen Wurzeln her

Europa sei – dies dürfe nicht vergessen werden – auch ein Kultur-Projekt. Die Herausforderung bestehe in erster Linie darin, die verschiedenen Kulturen zum Dialog zu führen: die lateinische, die germanische, die angelsächsische, die nordische – und jetzt käme die slawische hinzu. Die Europäische Union werde in diesem Sinne ihre Wurzeln neu zu erschließen haben, Wurzeln der Pluralität – wenngleich innerhalb eines gemeinsamen Projektes. Und die Europäische Union werde des Weiteren intensivere Beziehungen mit der südländischen und mit der arabischen Kultur aufbauen müssen. "Sicher, die aktuelle Lage entspricht nicht immer diesem Bild der Bereitschaft zum Dialog und Zuhören", so der Erzbischof von Prag, und dennoch: Europa müsse hinsichtlich seiner Außenbeziehungen im Sinne Franco Cassanos noch viele "Annäherungsübungen" machen.

Angesichts dieses komplexen Szenariums schein es angezeigt, mehr über Ziele als über Grenzen zu sprechen, so Vlk. Wolle Europa wachsen und sich nicht nur erweitern, müsse es fähig sein, sich selbst neu zu überdenken. Der Beitritt neuer Mitglieder zur Europäischen

Union sei kein quantitativer, sondern ein qualitativer Faktor. Miteinander müssten nicht nur neue Richtlinien aufgestellt werden, sondern vor allem auch neue gemeinsame Ziele festgelegt werden. Es wäre ein historischer Irrtum zu glauben, die Erweiterung Europas könne schlicht und ergreifend durch die Ausweitung der bestehenden Richtlinien und Ziele auf die neuen Mitglieder vollzogen werden.

Die Identität Europas sei nur von seiner Geschichte und vom Christentum her zu finden. Europa finde seine Identität nur im Blick auf die Einheit der ganzen Menschheit, im Dienst an der ganzen Menschheit. Das Christentum als die Seele Europas zu vernachlässigen oder gar zu streichen, würde in einer Sackgasse enden, wie die Tschechen und andere Völker Mittel- und Osteuropas es im Kommunismus erlebt hätten.



Jean François-Poncet beschrieb seine Erfahrungen mit dem Integrationsprozess

2 Europa – ein Projekt im Werden

Beim Abschluss der Römischen Verträge 1956 habe sicherlich niemand die Frage nach der Identität Europas gestellt. Schon allein deswegen, weil diese Identität offensichtlich war, unterstrich der ehemalige Außenminister der Französischen Republik, Jean François-Poncet, am Anfang seines Impulses. Zwischen den sechs beteiligten Ländern habe es das klare Ziel gegeben, die Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland in einer europäischen Struktur niederzuschreiben. "Darüber hinaus vereinigten sich Länder, die alle das gleiche Erbe übernahmen: griechisches oder römisches, katholisches, karolingisches." "Warum", so François-Poncet weiter, "stellt sich heute die Frage nach der europäischen Identität? Was haben Malta und Finnland, Irland und Bulgarien gemeinsam? Ist Identität ein Erbe? Ist sie ein Vermächtnis der Vergangenheit, geschmiedet von der Geschichte? Oder ist die Identität ein Prozess, ein Werden? Ist die Identität das, was wir daraus machen? Ist sie statisch oder dynamisch?"

Die drei Kriterien, die man in der Regel anwende, um die Identität von Nationen zu definieren, Territorium, Geschichte, Kultur, seien Kriterien, die nicht genügen, um das große Europa zu definieren, das wir hervorzubringen versuchen:

Das Territorium, das an die Grenzen Europas verweise, habe keinen großen Nutzen. Die Grenzen Europas bilden im Westen der Atlantik, im Süden das Mittelmeer. Im Osten sehe man die Grenzen jedoch nicht sehr deutlich. Solle man sich an den berühmten Satz von General de Gaulle halten: "... vom Atlantik bis zum Ural"? Wo bliebe dann Sibirien? Warum solle man die Ukraine aus- und die Türkei einschließen? Die Geographie, so das Mitglied des Senats der Französischen Republik, sei also nicht sehr hilfreich.

Die Geschichte bringe uns bei, dass gerade die Grenzen in Europa sehr schwankend waren. Das römische Reich war hauptsächlich mediterran. Cäsar habe zwar den Rhein überquert, sich jedoch sofort zurückgezogen. "Das Europa Karls des Großen hatte nichts mit dem römischen Reich zu tun, es war eine kontinentale Gesamtheit. Zwar wurde Karl der Große als Kaiser in Rom gekrönt, seine Hauptstadt war jedoch Aachen. Spanien war zu dieser Zeit islamisch, der Balkan war byzantinisch. Die Geschichte Europas ist die Geschichte seiner Kriege, die Europa eher geteilt als vereinigt haben," sagte François-Poncet.

Die Kultur stelle uns offensichtlich auf eine viel solidere Grundlage, so François-Poncet, da alle Europäer ungefähr das gleiche Erbe forderten, dessen Wurzeln vielfältig seien: die griechisch-römische Antike, die Christenheit, die französische Revolution und die Menschenrechte. Platon, Jesus Christus und Robespierre seien die drei großen historischen Quellen. Ob gerade Robespierre als Persönlichkeit der französischen Revolution treffend gewählt sei, könne sicher bestritten werden. Die Werte der genannten Quellen jedoch definierten Europa klar. Das Problem sei, dass sie Europa von anderen Teilen der Welt nicht unterschieden, wie z. B. Nord- und Südamerika, Australien und Neuseeland.

Darüber hinaus sei die Verbreitung dieser Werte in der Welt glücklicherweise noch nicht beendet. "Wir erleben eine gewisse Verwestlichung des Planeten. Wenn es um die Verbreitung der Tugenden des Humanismus geht, kann man damit zufrieden sein," führte François-Poncet aus. Vergleiche man jedoch die Werte, auf die wir uns als Europäer berufen und die Werte der USA, so entdecke man doch einige Unterschiede. Zu erwähnen seien hier die Beziehungen zwischen Staat und Religion sowie der Umgang mit der Todesstrafe. Zu denken sei aber auch an das Sozialmodell. Die Europäer seien liberal, "sie übernehmen kapitalistische Strukturen, geben ihnen jedoch einen sozialen Inhalt, der sich von demjenigen der USA unterscheidet", so François-Poncet. Dieser Ansatz stelle heute möglicherweise ein Problem dar, weil dieses Sozialmodell mit der Wettbewerbsfähigkeit Europas in Einklang zu bringen sei.



Trotz allem könne man konstatieren, so François-Poncet, dass die feststellbaren Unterschiede sekundär seien: Was die Einheit und Identität Europas tatsächlich ausmache, seien der Prozess, das Projekt, der Wille, die Ambition. Das "Werden" Europas werde nach und nach eine Identität schmieden, die derzeit noch nicht offensichtlich wahrnehmbar sei. Das Projekt Europa sei einzigartig auf diesem Planeten, da es im Prozess der Vereinigung jedem seine Identität lasse. Europa sei eines der institutionellen Laboratorien unseres Planeten. Andere, die sich vereinigten, hätten versucht zu vermischen. Die Europäer jedoch wollten sich gerade vereinigen, um die Besonderheiten, die Kulturen, die Verwurzelungen zu bewahren: Kein Baum könne ohne Wurzeln überleben.

3 Europa – der Kontinent aktiver Toleranz

Zu Beginn seiner Ausführungen unterstrich der Unternehmer Vural Öger, dass ein Teil von ihm vollkommen deutsch und damit auch europäisch sei. Noch als Student habe er die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen. Der andere Teil sei türkischer Herkunft. "Denke ich an Europa und seine Zukunft, denken beide Teile in mir mit", so Öger.

Bewusst wolle er sich deshalb seiner Verantwortung als Deutscher und Europäer stellen, wenn eine Antwort auf die Frage erwartet werde, ob die Republik Türkei oder auch andere Länder nach Europa gehörten. "Ich überlege, was wir vom neuen Mitglied Polen haben? Sollen wir Bulgarien zu einem Mitglied unserer Familie machen? Wäre etwa die Türkei als Mitglied der europäischen Völkerfamilie für uns eine Bereicherung, wird sie Europa lebendiger und stärker machen? Meine Antwort lautet natürlich in all diesen Fällen ja. Wenn Europa wachsen kann, so soll es das tun", so der Hamburger Unternehmer.

Wo sonst sei eine ähnliche Einheit aus der Vielfalt geschaffen worden – außer in den Vereinigten Staaten von Amerika? Doch deshalb könne man die USA nicht einfach kopieren, Europa gehe seinen eigenen Weg, es folge seinen eigenen Gesetzen. Europa werde zu dem, was es in seinen Grenzen bereits jetzt zur Genüge übt: Europa werde zu einem Kontinent der aktiven Toleranz. Viele Philosophen und Schriftsteller hätten dies vorausgeahnt.

Auch die Grenzen dieses Kontinents würden sich verändern. Heute sei der Kontinent in sich schon nahezu grenzenlos. Auf dem Weg von Deutschland nach Madrid oder nach Florenz und Rom müsse man unterwegs nicht einmal anhalten. Kritischer jedoch sei die Frage nach den Außengrenzen. Wo solle Europa aufhören? Wie groß könne es werden, ohne Balance und Kraft zu verlieren?

Der Europäische Rat werde im Dezember des nächsten Jahres auf der Grundlage einer Empfehlung der EU-Kommission entscheiden, ob die Türkei die Bedingungen für die Aufnahme konkreter Beitrittsverhandlungen erfülle. Die EU hat sich damit entschlossen, die Tür für ein Land mit einer muslimischen Mehrheitsbevölkerung zu öffnen. Dieser Schritt mache klar, dass Europa als eine große politische Gesamtgesellschaft gesehen werde, in der Religionen nicht trennen und andere Kulturen nicht stören, sondern in der die Gemeinsamkeit der Werte zähle. Zwar müsse bei allen Neuankömmlingen in Europa gewogen und gemessen werden, müssten erst bestimmte Kriterien erfüllt werden. Der Maßstab dafür sei jedoch nicht die alte Liste von Vorurteilen, sondern praktische Vernunft.

Zu den Kriterien gehörten eine demokratische und rechtsstaatliche Grundordnung, eine funktionierende Marktwirtschaft sowie der Wille, als neues Mitglied der Europäischen Union das gemeinschaftliche Regelwerk zu übernehmen und auszuüben. Allein die Definition sol-

Vural Öger warb für den baldigen Beitritt der Türkei



cher Kriterien habe in einer Reihe von Beitrittsländern zu internen Debatten und anschließend zu Reformen geführt und somit einen segensreichen Prozess eingeleitet. Doch diese Energie gehe weder von einem

musealen Betrieb Europa noch von einem in stupider Bürokratie befangenen Europa aus. Diese produktive Energie gehe vielmehr von einem Europa aus, das zu einer Großartigkeit des politischen Denkens fähig sei. Von einem Europa, das Bote und Macher einer neuen Zeit sei.

"Ja, die Türkei war und ist anders, so wie Portugal, Lettland oder Rumänien anders waren und sind. Aber bei allem Anderssein ist keines dieser Länder minderwertig", so Öger. Zu den europäischen Grundwerten solle auch der wahrhaftige und verständnisvolle Umgang mit der Realität eines Nachbarn gehören. Niemand wolle leugnen, dass die Türkei den Weg ihrer Reformen noch zu Ende gehen müsse. Doch die Begleitmusik dazu sollte von hier aus nicht schrill und giftig ausfallen.

"Und so sollten wir Europa betreiben – als eine Union der Verschiedenheiten." So glorios diese Vision von Europa sei, so hoffnungsvoll der Prozess auch verlaufe, es gebe dabei doch noch viel Kleinlichkeit und Zaghaflichkeit. Um Europa zu bauen, bedürfe es des klaren Verstandes, jedoch auch des Mutes, über die Identität dieses Kontinents nachzudenken und sodann nach Übereinkunft und Vision zu handeln.

"Europa ist nicht ein Naturereignis, Europa ist ein Werk von Menschen. Und in jeder Hinsicht ist das kommende Europa jedenfalls größer als das von heute. Helfen wir ihm dabei!" so Vural Öger.





“Ich sehe viele alte Freunde, alte Kollegen: Valéry Giscard d’Estaing, wir waren zusammen Finanzminister – das ist schon 30 Jahre her –, Ted Heath, Walter Scheel, Gyula Horn, Simone Veil, oder Jean François-Poncet oder Václav Havel. Da fühle ich mich eigentlich in der Versuchung, über Freundschaft zu philosophieren. Oder, nachdem die meisten dieser Freundschaften über 30 Jahre zurückreichen, fühle ich mich versucht, über das Alter zu philosophieren. Aber ich will weder das eine noch das andere tun. Man hat mich beauftragt, über Europa und Amerika zu reden; daher werde ich das tun.

34

Als heute vor 57 Jahren Winston Churchill in seiner großen Rede in Zürich den Franzosen, seinen Kriegskameraden, empfahl, sich mit den Deutschen zu versöhnen, und gemeinsam die Vereinigten Staaten Europas zu gründen, machte er klar, dass England nicht dazugehören sollte. Als vier Jahre später Jean Monnet und Robert Schuman mit dem Schuman-Plan den Anfang machten, diesen Rat in die Tat umzusetzen, waren in beiden Fällen zwei Motive gleichzeitig ausschlaggebend: Zum einen das Motiv, eine Barriere gegen die vorhergesehene imperialistische Expansion der Sowjetunion zu bilden – dafür würde man u. a. auch die Deutschen brauchen – und zum andern das Motiv, die Deutschen dauerhaft einzubinden. Damals handelte es sich ausschließlich um Westdeutschland, also um etwa 50 Millionen Menschen.



Das erste Motiv, die Barriere gegen die Sowjetunion, hat sich erledigt. Auch gegen Russland brauchen wir keine Barriere. Das zweite Motiv, dauerhafte Einbindung der Deutschen, bleibt für das ganze 21. Jahrhundert von hoher Bedeutung und diese Bedeutung ist seit 1990 noch gewachsen. Im Laufe der 1950er Jahre ergab sich schon bald die Einsicht, dass ein gemeinsamer Markt für Kohle und Stahl nicht ausreichend war, sondern man einen gemeinsamen Markt für alle Güter und Leistungen brauchen würde. Dies führte zur Konferenz von Messina und zu den Römischen Verträgen. Zugrunde lag das strategische Motiv des ökonomischen Vorteils durch den großen gemeinsamen Markt. Dieses Motiv gilt noch heute. Amerikaner würden sagen: Die Vorteile der economy of great scale. Dieses ökonomische Motiv war übrigens für eine Reihe der später beigetretenen Staaten das entscheidende Motiv, z. B. für die drei zuletzt beigetretenen neutralen Staaten Finnland, Schweden und Österreich.

Ich will die Geschichte hier nicht Revue passieren lassen. Jedoch dauerte es nach 1992, als die gemeinsame Währung schließlich aus der Taufe gehoben wurde, beinahe noch ein ganzes Jahrzehnt, bis der Euro Realität wurde. Auch die gemeinsame Währung entspringt dem ökonomischen Motiv des gemeinsamen Marktes, der eine Selbsttäuschung geblieben wäre, hätte er nicht eine gemeinsame Währung bekommen. Seit Maastricht haben wir es jedoch mit einem Stillstand des Integrationsprozesses zu tun. Alle möglichen großen Redner haben wir während der letzten zehn oder elf Jahre gehört, große Regierungskonferenzen vorbereitet mit Hunderten von Beamten und Diplomaten auf allen Seiten – ohne irgendein greifbares Ergebnis! Vieles wurde in dieser Zeit niedergeschrieben, jedoch befindet sich nie-

Helmut Schmidt im Gespräch mit Wim Duisenberg

Die Transatlantischen Beziehungen in einer sich verändernden Welt

Rede von Altbundeskanzler Helmut Schmidt zum Abschluss des Karlspreis-Europa-Forums und anlässlich der Verleihung des Karlspreises

mand hier im Saal – außer Giscard d’Estaing und Klaus Hänsch –, der die heute gültigen Verträge auch nur einigermaßen durchschaut.

Tatsächlich scheint mir, wird uns das 21. Jahrhundert mit Problemen konfrontieren, die wir bisher "nicht auf der Rechnung hatten". Sie fangen an, ins Bewusstsein zu drängen. Gleichzeitig hat uns der Irak-Krieg die Gefahr vor Augen geführt, dass Europa auseinanderfallen könnte. Im 21. Jahrhundert stehen die europäischen Nationalstaaten vorhersehbar vor einer größeren Zahl von Gefährdungen und Herausforderungen.

Ich nenne als erstes die Explosion der Weltbevölkerung: Als ich 1925 zur Schule kam, lebten auf der Welt zwei Milliarden Menschen; heute sind es über sechs Milliarden. Im Laufe des 20. Jahrhunderts hat sich die Weltbevölkerung vervierfacht! Es ist unausweichlich, dass wir in der Mitte dieses Jahrhunderts bei neun Milliarden Menschen stehen werden. Gleichzeitig überaltern unsere europäischen Gesellschaften.

Zeitlich parallel dazu erleben wir eine globale Erwärmung. Wie groß der Beitrag der Menschen dazu ist, muss man so genau nicht wissen. Unzweifelhaft ist die Erwärmung jedoch im Gang! Es ist ja nicht das erste Mal, auch früher schon gab es Eiszeiten und Wärmeperioden. Die Erwärmung des ganzen Globus erscheint unausweichlich. Die Oberflächen der Ozeane steigen an. Es ist ganz gut, weit weg von der Küste zu wohnen, jedoch schlecht, in Bangladesh am Delta zu leben!

Beide Phänomene, die Bevölkerungsexplosion und die klimatische Veränderung, werden viele Menschen zwingen, dort wegzugehen, wo sie bisher und seit Generationen wohnten und lebten. Zurzeit sind pro Kopf auf der Oberfläche der Erde ungefähr noch drei oder vier Prozent der Fläche verfügbar, die vor 2000 Jahren, zur Zeit des Jesus von Nazareth, pro Kopf zur Verfügung stand.



Helmut Schmidt schilderte die zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts

Wir werden es mit einem großen Wanderungsdruck zu tun bekommen. Gleichzeitig werden wir transnationale Seuchen erleben, die sich heutzutage bei dieser Ballung der Menschen unendlich viel leichter übertragen als in früheren Jahrhunderten. Einige der alten Seuchen sind inzwischen erfolgreich bekämpft, andere aber treten neu auf. Sogar alte Seuchen wie die Maul- und Klauen-Seuche haben wir nicht wirklich im Griff. Neue Seuchen wie Aids/HIV oder SARS treten auf.

Gleichzeitig wird der transnationale Drogen- und Waffenhandel - ohne Rücksicht auf die Ozeane - gewaltig zunehmen. Heute vor 50 Jahren gab es zwei Nuklearmächte, inzwischen sind es acht mit steigender Tendenz! Es geht nicht nur darum, dass nukleare Waffen von einer Hand in die andere gehen, sondern dass vor allen Dingen auch Handfeuerwaffen, Maschinenpistolen, Handgranaten und Landminen Verbreitung finden! Gleichzeitig sorgt die moderne Technologie für eine Verbreitung transnational organisierter Verbrechen sowie eines transnational

Schauen Sie sich die Bevölkerungsballung in den 10-Millionen-Städten der Dritten Welt an! Es ist ganz sicher, dass bis zur Mitte dieses Jahrhunderts die pro Kopf zur Verfügung stehende Fläche noch einmal um ein Drittel abnehmen wird. Ich verzichte darauf, Ihnen weitere Prognosen vorzutragen - diese ist jedoch sicher!

Mit großer Wahrscheinlichkeit wird es infolgedessen, vor allem dort, wo die Bevölkerungsexplosion stattfindet - nämlich in Asien, Schwarzafrika, zum Teil auch in Lateinamerika - Konflikte, Wanderungsbewegungen, innerstaatliche Krisen und Staatszusammenbrüche - geben; auch Kriege zwischen Staaten sowie eine allgemeine Wanderungstendenz in Richtung auf den Teil der



Der ehemalige Bundespräsident Walter Scheel im Gespräch mit dem Aachener Oberbürgermeister Jürgen Linden

Erde, wo es den Leuten gut geht: Amerika, Europa und Australien. Australien und die Vereinigten Staaten von Amerika werden keine großen Schwierigkeiten haben, sich abzuschirmen. Europa jedoch wird in große Schwierigkeiten kommen, ist bereits in erheblichen Schwierigkeiten!

tätigen Terrorismus aus verschiedensten Quellen, Ursachen und Motiven. Man kann für das 21. Jahrhundert nicht mehr ausschließen, dass es tatsächlich zu einem clash of civilizations zwischen dem Westen und dem Islam kommt. Eine schlimme Sache, wenn es dazu käme!

Gleichzeitig führt die moderne Kommunikationstechnik, z. B. das Internet, dazu, dass wir es mit einer Globalisierung aller Technologien zu tun haben. Früher machten sich Frankreich, Holland, England und Deutschland, später Amerika, gegenseitig Konkurrenz mit ihren Industrieprodukten. In Zukunft kann jeder, der es versteht, das Internet anzuwenden, dieselben Produkte herstellen wie in Eindhoven oder Aachen. Der Konkurrenzdruck wird gewaltig steigen. Zugleich entwickelt sich die Globalisierung der Finanzmärkte, die seit etwas über 30 Jahren in Unordnung sind. Seit Anfang der 1970er Jahre die festen Wechselkurse abgeschafft wurden, herrscht ein zunehmend riskanter Spekulationismus vor.

Die Finanzmärkte der Welt, auch die Geldmärkte, sind globalisiert. Nicht etwa nur auf militärischem, auch auf finanzpolitischem Terrain gibt es eine amerikanische



Dominanz. Hinzu kommt noch die politisch-strategische Dominanz der Vereinigten Staaten! Wer diese neuen, mit Sicherheit zu erwartenden strategischen Herausforderungen erkennt, müsste eigentlich zugleich realisieren, dass nicht einmal die großen Staaten Europas - ob Frankreich, Italien, Großbritannien, Deutschland, Polen oder Spanien - allein mit diesen Herausforderungen fertig werden können, von den kleineren Staaten ganz abgesehen. Wir würden diesen Gefahren nicht standhalten können, weder dem Wanderungsdruck, noch den neuartigen Seuchen, noch den transnational organisierten Verbrechen oder dem transnationalen Terrorismus. Mit anderen Worten: Die künftige Fähigkeit zur Selbstbehauptung der europäischen Nationen steht auf dem Spiel! Und dergestalt tritt ein neues, ein zusätzliches, strategisches Motiv für die Integration Europas hervor: Selbstbehauptung ist den europäischen Nationen nur noch gemeinsam möglich!

Der Stillstand, den der Integrationsprozess seit Maastricht 1992 erleidet, stellt uns vor eine schicksalhafte Alternative: Entweder halten wir - aus den von mir genannten strategischen Motiven - am Ziel einer handlungsfähigen europäischen Union fest, oder aber wir erkennen, dass wir dazu zu schwach sind - mal zu uneinig, mal zu zerstritten - und geben uns deshalb der Dominanz der Vereinigten Staaten von Amerika anheim. Diese zweite Alternative würde bedeuten, wir begnügen uns mit dem, was wir bisher erreicht haben, nämlich mit dem gemeinsamen Markt von 15 - vielleicht demnächst von 25 Staaten - und mit einer weitgehend gemeinsamen Währung. Wir begnügen uns damit und überlassen stillschweigend - oder leise weinend - alles Übrige und alle Führung den Amerikanern. Das wäre ja durchaus vorstellbar!

An dieser Stelle vielleicht ein Wort zur Weltpolitik der USA: Das terroristische Kollossalverbrechen vom 11. September 2001 hat gewaltige Emotionen in der amerikanischen Nation ausgelöst. Die einzig verbliebene Supermacht hat zum ersten Mal seit Jahrhunderten aus dem blauen Himmel heraus auf ihrem eigenen Boden eine gewaltsame Attacke mit 3000 Toten erlebt. Seither fühlt sich diese Nation verständlicherweise bedroht. Was wäre wohl gewesen, wenn das alles sich nicht in New York und Washington, sondern in Zürich, Paris, Berlin oder Amsterdam zugetragen hätte? Und es wären keine amerikanischen, sondern holländische, französische oder deutsche Flugzeuge gewesen? Die amerikanische Emotion ist sehr verständlich! Der tiefe Schock hat einen weitgreifenden und anhaltenden Willen zum Widerstand und zur Selbstverteidigung ausgelöst. Der von Präsident Bush als Antwort ausgerufene "Krieg gegen den Terrorismus" war Ausdruck dieses Selbstverteidigungswillens, nicht nur der Regierung, sondern auch der Nation - des Willens, alle ihre enorme Macht gegen den Terrorismus einzusetzen.

Nun gibt es auf der Welt sehr verschiedene nationale, transnationale, internationale terroristische Aktivitäten mit sehr verschiedenen psychologischen, politischen und sozialen Hintergründen. Auch der islamistische Terrorismus hat unterschiedliche Ausprägungen in Motivation, Vorgehensweise und Organisation. Weil das so ist, braucht man im Einzelfall unterschiedliche Methoden, Mittel und Instrumente zur Bekämpfung des Terrorismus. Militärische Waffen und Krieg sind nur in seltenen Fällen anwendbar oder ausreichend. El Kaida in Afghanistan und das mit ihr kooperierende Taliban-Regime konnte man mit militärischen Mitteln an Ort und

Stelle durchaus bekämpfen. Washington war klug genug, sich dafür der politischen Unterstützung der Europäer, Russlands, Chinas und anderer Staaten zu versichern und dafür eine so genannte antiterroristische Koalition zustandezubringen – und klug genug, einen Beschluss des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen herbeizuführen. Es war selbstverständlich, und es war strategisch und auch moralisch richtig, dass sich die europäischen Nationen nach dem 11. September solidarisch an die Seite der Vereinigten Staaten von Amerika gestellt haben.

Dagegen war bisher die Solidarität mit der amerikanischen Politik im Hinblick auf den israelisch-arabischen Konflikt sehr viel schwieriger. Tatsächlich haben die Amerikaner wegen ihrer überragenden militärischen, technischen und finanziellen Mittel und wegen ihrer guten Beziehung zu Saudi-Arabien, zu Ägypten, zu Israel und zu weiteren arabischen Staaten eine einzigartige Position, um im Nahen Osten für Frieden zu sorgen. Ob Amerika jedoch die neue "road map" ernsthaft und kraftvoll verfolgen wird, ist offen. Bisher war die amerikanische Politik im Nahen Osten über die Jahrzehnte inkonsistent und das Gegenteil von energisch; diese Tendenz der amerikanischen Außenpolitik existiert ja nicht erst seit dem 11. September.

Es war immerhin schon unter der Präsidentschaft von Clinton, dass nicht nur Amerika, sondern auch wir Europäer gemeinsam mit den Amerikanern eine so genannte "neue NATO" ausgerufen haben. Wobei ganz offen blieb, gegen welchen Feind sich dieses Militärbündnis eigentlich richten sollte. Bisweilen wurde die Meinung vertreten, die damals so genannten "Schurkenstaaten" – das waren eine ganze Menge, nicht nur drei – seien möglicherweise der zukünftige Feind. Inzwischen hat sich die Administration in Washington eine von niemandem einschränkbare nationale Handlungsfreiheit zur Richtschnur gemacht. Schauen Sie sich das neue offizielle strategische Konzept an! Konsequenterweise hat Washington nach dem Ende des Afghanistankrieges die politische und militärische Kooperation mit einer Reihe einzelner Staaten gesucht –



Gespräch am Rande des Karlspreis-Forums:
Helmut Schmidt und Werner Weidenfeld

Helmut Schmidt:
Selbstbehauptung ist den Europäern nur noch gemeinsam möglich!

nicht etwa des ganzen nordatlantischen Bündnisses – und hat sich auf diese Weise der multilateralen Beschlussfassung entzogen. Der Irakkrieg wurde nicht von einer Mehrheit von Staaten beschlossen.

Ein Präventivkrieg ohne gegenwärtige Bedrohung, ohne Mandat der Vereinten Nationen und des Sicherheitsrats, ist ein Verstoß gegen die Satzung der Vereinten Nationen. Einige europäische Politiker haben deshalb mit manchen ihrer Kritiken durchaus Recht: Man darf allerdings Amerika vortragen, – sei es als Mitglied der Vereinten Nationen, als Partner oder als Freund – dass es nicht überzeugend war, wenn sich Washington einerseits wochenlang darum bemühte, im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen Zustimmung für seine Kriegsabsicht zu gewinnen, zugleich jedoch andererseits jedermann zu verstehen gab, man werde Saddam in jedem Fall angreifen, auch ohne Beschluss der Vereinten Nationen, um ihn und seine Massenvernichtungswaffen zu beseitigen und um im Mittleren Osten Demokratie einzuführen. So hat man denn auch mit großer Energie Saddam tatsächlich beseitigt, seine Massenvernichtungswaffen scheint es jedoch nicht gegeben zu haben. Von der Demokratie im Mittleren Osten sind wir heute genauso weit entfernt wie vor diesem Krieg.



Die Vereinigten Staaten von Amerika sind nicht die Ersten, die gegen die Satzung der Vereinten Nationen verstoßen. Auch wir Deutschen haben gegen die Satzung der Vereinten Nationen verstoßen mit unserem Krieg im Kosovo und mit den Bomben auf Belgrad sowieso. Des Weiteren haben wir gegen den 2 + 4-Vertrag verstoßen, der die völkerrechtliche Grundlage für die deutsche Wiedervereinigung geschaffen hat.

Es hat übrigens auch früher in der amerikanischen Außenpolitik durchaus unilaterale, hegemoniale oder auch imperialistische Tendenzen gegeben: Denken Sie z. B. an die gewaltsame Öffnung der japanischen Häfen durch amerikanische Kriegsschiffe Mitte des 19. Jahrhunderts! Dies beendete die zweieinhalb Jahrhunderte dauernde Tokugawa-Zeit der Abgeschlossenheit Japans von der ganzen Welt. Oder denken Sie an den Krieg mit Spanien, an den Erwerb der Philippinen oder mexikanischer Territorien! Das alles hat es schon einmal gegeben! Gleichzeitig gab es in der amerikanischen Außenpolitik immer auch isolationistische Tendenzen. Nach dem Ersten Weltkrieg gab es – sehr stark ausgeprägt – internationalistische, multilaterale Züge. Denken Sie an die Begründung der Vereinten Nationen, die Menschenrechtserklärung, die Weltbank und den Weltwährungsfonds. Dies sind alles amerikanische Initiativen – großartige Dinge!

Interessierte Zuhörer: Rita Süßmuth und Kardinal Miloslav Vlk

In Amerika gibt es nebeneinander Tendenzen einerseits zum Isolationismus, andererseits zum Multilateralismus und drittens zu Unilateralismus oder hegemonialem Alleingang. Dies gab es in Amerika immer gleichzeitig, ähnlich wie in vielen europäischen Völkern. Denken Sie z. B. an den Präsidenten Theodore Roosevelt vor dem Ersten Weltkrieg! Das war der Mann, der gesagt hat, "Speak softly, but carry a big stick!" Er wurde – das hatte damals keinen negativen Unterton – in Amerika "Imperialist" genannt. Heutzutage hat das Wort einen bösen Unterton. Es könnte sein, dass die hegemoniale Periode, die sich im Augenblick in Washington abzeichnen begonnen hat, diesmal etwas länger anhält als die Präsidentschaft Theodore Roosevelts.

Klar ist, dass die große Mehrheit der Staaten auf der Welt großes Interesse an der Aufrechterhaltung der Vereinten Nationen hat, an der Aufrechterhaltung des Völkerrechts, der vielen internationalen Vereinbarungen auf vielen lebenswichtigen Fachgebieten, von der Weltgesundheitsorganisation bis hin zur Regelung des Luftverkehrs. Natürlich sind alle diese internationalen Codices und Regeln sehr unvollkommen, so wie die Satzung der Vereinten Nationen und das Völkerrecht unvollkommen und verletzbar sind.

Der Wunsch, diese Codices und die Vereinten Nationen zu erhalten, gilt jedenfalls für die europäischen Staaten. Wenn ich es richtig erkenne, wollen auch Blair, Berlusconi, Aznar, Holland, Dänemark oder die ehemals kommunistisch regierten Staaten im Osten Mitteleuropas sich nicht bedingungslos amerikanischer Führung anvertrauen, sondern sie wollen in guter Partnerschaft mit Amerika leben. Dies wollen jedoch auch Chirac und Schröder!





Die gute Nachbarschaft, die Kooperation mit Amerika, das Bewusstsein der uns gemeinsam zur eigenen Erkenntnis dienenden Aufklärung – alles dies bedarf heute sehr der Pflege! Wir stehen doch – sowohl in Nordamerika als auch in Europa – auf den Schultern von Montesquieu, Rousseau und Voltaire! Wir gehen entlang der Fußspuren der amerikanischen federal papers oder der Französischen Revolution. Die Prinzipien der Demokratie und der Grundrechte jeder einzelnen Person haben sich in England, Holland, Frankreich und Nordamerika in gegenseitiger Befruchtung entwickelt! Ohne die Grundlegung durch Hugo de Groot oder David Hume können wir uns die Außenpolitik europäischer Nationen und das Völkerrecht kaum vorstellen. Ohne Lessing oder Kant wäre der Wille zur religiösen Toleranz – in Deutschland jedenfalls – nicht zu denken! Und ohne Charles Darwin bis hin zu Albert Einstein wäre moderne Forschung auf beiden Seiten des Atlantiks schwer vorstellbar.

Tatsächlich wurde uns heute lebenden Europäern und Amerikanern ein ungeheurer zivilisatorischer – oder sagen wir kultureller – Fundus gemeinsam vererbt! Es ist eine in der Geschichte gewachsene Tatsache, dass wir vielfältige gemeinsame Wurzeln haben.

Es ist jedoch ebenso eine Tatsache der aktuellen Gegenwart, dass heute, morgen und übermorgen die Vereinigten Staaten von Amerika als einziger Staat die Macht haben, weltweit unilateral, d. h. allein zu handeln. Wir Europäer werden uns um Einfluss auf dieses Handeln der Amerikaner bemühen. Wir werden unsere Interessen vertreten. Ob wir jedoch, wieweit, wann und wie lange wir damit Erfolg haben, liegt keineswegs allein, sondern nur bis zu einem gewissen Grad bei uns. Einige Amerikaner schreiben, sie hätten heute einen großen Hammer und es sei töricht, diesen nicht zu benutzen.



Helmut Schmidt
betonte die Bedeutung einer guten Partnerschaft mit Amerika

Auf der europäischen Seite haben unsere Staats- und Regierungschefs seit Maastricht 1992 zwar immer wieder von gemeinsamer Außenpolitik, sogar von gemeinsamer Sicherheitspolitik gesprochen. Es hat sich jedoch inzwischen gezeigt, dass dies bloße Rederei war. Wenn Sie mir ein böses Wort verzeihen: Es war "Geschwätz"! Tatsächlich haben unsere Staats- und Regierungschefs viel Zeit vertan und damit auf Einflussnahme verzichtet. Unseren Führern ist noch nicht klar genug, dass sie vor einer Weichenstellung stehen, vor einer Alternative. Keiner von ihnen war bisher bereit, die europäische Integration voranzubringen. Stattdessen verfochten sie immer wieder kleine nationale Vorteile oder scheinbare Vorteile und taktierten auf kleinlichste Weise gegeneinander. Schießlich – als sie gar nicht mehr weiter wussten – schüttelten sie vor anderthalb Jahren den Konvent aus dem Ärmel, ad hoc erfunden, in keinem Vertrag vorgesehen!

Auf dem Konvent ruht jetzt die Hoffnung und damit ruht sie nicht zuletzt auf meinem Freund Valéry Giscard d'Estaing. Er ist ein Mann, der zugleich das Erbe der deutsch-französischen Aussöhnung und somit das Erbe Charles de Gaulles' bewahrt zugleich jedoch auch die gesamteuropäische Erbschaft von Jean Monnet, Jacques Delors, De Gasperi, Adenauer und Schuman bewahrt. Mit geschmeidiger Zähigkeit treibt er das Projekt einer handlungsfähigen Union voran.

Ich will der morgigen Laudatio nicht weiter vorgreifen. Wohl aber möchte ich dem Konvent Erfolg wünschen! Es ist noch ein sehr langer Weg, bis 25 Regierungen das Ergebnis gebilligt haben werden und ein noch längerer Weg bis zur Ratifikation durch 25 souveräne Nationalstaaten! Und auch danach wird es noch lange dauern, bis wir in der Weltpolitik tatsächlich gemeinsam auftreten. Ich bin weder Pessimist noch Optimist, ich denke jedoch oft an Jean Monnet, der uns gelehrt hat, dass Europa nur schrittweise aufgebaut werden kann. Ich möchte uns für die vielen noch vor uns liegenden Schritte Maß und Geduld wünschen. Vor allem jedoch wünsche ich uns die Tugend, mit Zähigkeit an unserem Ziel festzuhalten.

Ich bedanke mich!"



Klaus Naumann

Begründung des Direktoriums

der Gesellschaft für die Verleihung
des Internationalen Karlspreises zu Aachen
an den Präsidenten des Europäischen Konvents,

Valéry Giscard d'Estaing

42

Mit der Entscheidung des Europäischen Rates von Kopenhagen ist der Weg frei für den umfassenden Zusammenschluss unseres Kontinents. Die Union der 15 wartet auf den unmittelbaren Beitritt zehn weiterer Staaten. In dieser entscheidenden Phase europäischer Zukunftsgestaltung gilt es, dem Vertiefungsprozess eine neue Qualität und Dynamik zu verleihen. Über 50 Jahre nach Gründung der EGKS ist es an der Zeit, der Gemeinschaft durch eine Verfassung die innere Form zu geben, die sie in den Stand versetzt, auch als politische Union eine führende Rolle in der Welt wahrzunehmen.

Mit der Einrichtung des Konvents hat der Europäische Rat von Laeken ein erstes beeindruckendes Signal der Bereitschaft zu durchgreifenden Reformen ausgesandt. Denn mit diesem Konvent ist gleichzeitig ein zukunftsweisender Systemwechsel in der europäischen Politik verbunden. Anders als in den vergangenen Jahrzehnten vollzieht sich die vertragliche Gestaltung der Gemeinschaft nicht mehr allein in intergouvernementalen Verhandlungen, sondern in einer öffentlichen, mehrheitlich von gewählten Parlamentariern geführten Debatte. Zu Beginn des neuen Jahrhunderts schickt sich die Union damit an, auch auf europäischer Ebene das Maß an Demokratieeffizienz transparent zu verwirklichen, das wir in seinen Mitgliedsstaaten für selbstverständlich halten.

In Würdigung der vornehmen und historischen Aufgabe, für das vereinte Europa eine Verfassung auszuarbeiten, die die Gemeinschaft ihren Bürgern noch näher bringt,



ehrt das Direktorium der Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen im Jahr 2003 den Präsidenten des Europäischen Konvents und früheren Staatspräsidenten der Französischen Republik, Valéry Giscard d'Estaing. Er hat den Einigungsprozess seit Jahrzehnten in unterschiedlichen Funktionen vorangetrieben und ist gemeinsam mit den Mitgliedern des Konvents in den vergangenen Monaten zu einer entscheidenden Antriebsfeder für das "neue" Europa geworden.

Valéry Giscard d'Estaing wurde am 2. Februar 1926 in Koblenz/Rhein geboren und wuchs in großbürgerlichem

Hause auf. Die Familie stammt aus der Auvergne. Nach dem Schulbesuch in Clermont-Ferrand und Paris studierte er - unterbrochen durch einen einjährigen Kriegsdienst in Deutschland - an der École Polytechnique und der berühmten École Nationale d'Administration (E.N.A.). Seine akademische Ausbildung beendete er mit Auszeichnung.

Nach kurzer Tätigkeit als Beamter im Finanzministerium begann Valéry Giscard d'Estaing seine parlamentarische Laufbahn am 2. Januar 1956 als Abgeordneter des Départements Puy-de-Dôme. Im Januar 1959 zum Staatssekretär im Finanzministerium berufen, übernahm er drei Jahre darauf, im Januar 1962, als Minister die Leitung dieses Ressorts. Zwar wurde die weitgehend erfolgreiche finanzielle Stabilisierungspolitik mit seinem Namen verbunden, jedoch musste er im Zuge von Meinungsverschiedenheiten mit General de Gaulle bei der Bildung des zweiten Kabinetts Pompidou zum Jahreswechsel 1965/1966 seinem Nachfolger Michel Debré Platz machen. Kurz darauf zum Parteiführer der Unabhängigen Republikaner gewählt, trat er am 24. Juni 1969 wiederum als Wirtschafts- und Finanzminister in die Regierung ein. Nach dem Tod Georges Pompidous wurde Giscard d'Estaing am 19. Mai 1974 zum Staatspräsidenten der Französischen Republik gewählt.

In der Außen- und Europapolitik betonte Giscard gemeinsam mit dem damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt stets die deutsch-französische Freundschaft nicht nur als wichtige Achse, sondern vielmehr als Motor

der europäischen Verständigung. Ähnlich wie ihre Vorgänger Charles de Gaulle und Konrad Adenauer sowie ihre späteren Nachfolger François Mitterrand und Helmut Kohl setzten Schmidt und Giscard weithin sichtbare Akzente enger Zusammenarbeit. So bekräftigte Giscard anlässlich seines Berlin-Besuchs im Oktober 1979 - der ersten Visite eines französischen Präsidenten in West-Berlin - demonstrativ die französische Garantie für die Sicherheit und Freiheit der Stadt.

Vor allem aber brachte das vom französischen Staatsoberhaupt und dem deutschen Bundeskanzler im Juli 1978 angeregte, 1979 eingeführte Europäische Währungssystem eine Zone zunehmender Stabilität und damit einen wichtigen Durchbruch auf dem Weg zu einem gemeinsamen europäischen Zahlungsmittel. Für die am EWS teilnehmenden Währungen wurden erstmals feste Wechselkurse vereinbart, die bei Bedarf geändert werden konnten. Als Bezugsgröße für diese festen Wechselkurse und als Recheneinheit in der EG wurde die ECU geschaffen, eine Korbwährung aus Anteilen der Währungen von Staaten, die vor 1995 der EU angehörten. Die ECU, die im Zuge der EURO-Einführung abgeschafft und im Verhältnis 1:1 in den EURO überführt wurde, war mithin der legitime Vorgänger der Währung, die das Bild unseres Kontinents zu Beginn des neuen Jahrhunderts unvergleichlich prägt.

Innenpolitisch geriet Giscard u. a. durch die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit nachhaltig unter Druck. Bei der Präsidentschaftswahl 1981 scheiterte er mit über 48 Prozent der abgegebenen Stimmen denkbar knapp gegen seinen sozialistischen Widersacher François Mitterrand. Mit dem Ende seiner Amtszeit zog sich Valéry Giscard d'Estaing zunächst ins Privatleben zurück, kehrte jedoch 1982 in die aktive Politik zurück und kandidierte im März desselben Jahres mit Erfolg bei den Kantonalwahlen in Chamalières. Im September 1984 erhielt er in seinem Wahlkreis Puy-de-Dôme wieder ein Mandat für die französische Nationalversammlung, in der er den Vorsitz des außenpolitischen Ausschusses übernahm.

1988 per Akklamation zum neuen UDF-Präsidenten bestimmt, wurde Giscard im Juni 1989 in das Europäische Parlament gewählt. Indes kehrte er im März 1993 (bis 2002) wieder in die französische Nationalversammlung zurück und übernahm dort abermals den Vorsitz des außenpolitischen Ausschusses (bis 1997). Regelmäßig meldete sich der ehemalige Staatspräsident in seiner Funktion als Abgeordneter und als Präsident des Rates der europäischen Kommunen und Regionen (ab 1997) zu wirtschafts-, finanz- und europapolitischen Themen zu Wort. Weite Beachtung fand beispielsweise seine scharfe Kritik an der Währungspolitik der Regierung Juppé und den Vorbereitungen für die Europäische Währungsunion 1996. Gemeinsam mit Altbundeskanzler Helmut Schmidt plädierte er im April 2000 für durchgreifende institutionelle Reformen sowie klare Prioritäten und Differenzierungen bei der Erweiterung der Europäischen Union.



Zwei Karlspreisträger treffen aufeinander:
Wim Duisenberg im Gespräch mit Valéry Giscard d'Estaing

Auf Vorschlag des Europäischen Rates von Laeken übernahm Valéry Giscard d'Estaing den Vorsitz des Präsidiums des Europäischen Konvents, der - bereits unter Beteiligung der Beitrittskandidaten - im Februar 2002 mit einer Anhörungsphase seine Arbeit in Brüssel aufnahm. Die historische Bedeutung dieses Konvents und seiner Arbeit machte der wortgewaltige Franzose gleich in seiner Begrüßungsansprache deutlich:

"Wir dürfen träumen und den Traum von Europa vermitteln! Sollten wir scheitern, so würde jedes Land zu einer Logik des freien Warenverkehrs zurückkehren. Niemand von uns, nicht einmal die größten Länder, hätte ein ausreichendes Gewicht gegenüber den Weltmächten. Wir würden alle isoliert dastehen in trübsinnigem Grübeln über die Ursachen unseres Niedergangs und unserer Beherrschung durch andere. Unser Appell an den Enthusiasmus richtet sich an die anderen Europäer, zunächst aber an uns selbst. Um die anderen mitzureißen und zu überzeugen, muss uns der Erfolg unserer Aufgabe leidenschaftlich am Herzen liegen. Eine Aufgabe, die ihrer Form nach bescheiden, ihrem Inhalt nach aber gewaltig ist, denn wenn sie entsprechend dem uns erteilten Mandat gelingt, wird sie die Zukunft Europas in neuem Licht erstrahlen lassen."

Der Paradigmenwechsel in der europäischen Politik, der allein schon durch die Einrichtung des Konvents vollzogen wurde, zeigte sich in der Folge auch in dem nach-

haltigen Bemühen um eine möglichst breite Öffentlichkeit und Bürgernähe, insbesondere durch die Einbeziehung zahlreicher Organisationen aus der Zivilgesellschaft. So war eine im Juni durchgeführte Plenarsitzung allein der Anhörung von Vertretern der Zivilgesellschaft gewidmet; einen Monat darauf fand auf Vorschlag Giscard's der europäische Jugendkonvent statt - als sichtbares Zeichen für den Aufbruch in eine neue Zukunft.

Im Oktober 2002 legte das frühere französische Staatsoberhaupt einen weithin beachteten ersten Rohentwurf für eine europäische Verfassung vor, dem selbst Kritiker Lob und großen Respekt zollten. Auf 18 Seiten legte der Konventspräsident ein Gerüst nieder, das die vertraglichen Grundlagen des vereinten Europa dem tatsächlich bereits erreichten Einigungsstand anpasst, gleichzeitig jedoch den Weg in die Zukunft einer vertieften Integration weist. Der Vorentwurf besteht im Wesentlichen aus zwei Teilen. Im ersten Komplex, der auch die unter Federführung des Karlspreisträgers 1997, Roman Herzog, erarbeitete Grundrechtecharta enthält, sind die Grundsätze, Ziele und Befugnisse der EU und ihrer Institutionen umrissen; der zweite Teil ist den einzelnen Politikbereichen und der Durchführung der Maßnahmen der Union gewidmet.

Für seine Verdienste wurde Valéry Giscard d'Estaing bereits vielfach ausgezeichnet, u. a. mit dem Großkreuz der Ehrenlegion, dem Großkreuz des nationalen Verdienstordens der Republik Frankreich und der Ernennung zum Ritter des Malteserordens. Für sein frühes Engagement im Dienste der Europäischen Währungsunion erhielt er - gemeinsam mit Helmut Schmidt - im November 2001 die Goldmedaille der Stiftung Jean Monnet. Das frühere Staatsoberhaupt ist seit 1952 mit Anne-Aymone de Brantés verheiratet und hat vier Kinder.

Mit dem Präsidenten des Europäischen Konvents, Valéry Giscard d'Estaing, ehrt das Direktorium der Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen im Jahr 2003 einen großen Staatsmann und Europäer, der sich über viele Jahrzehnte in unterschiedlichen Funktionen um das vereinte Europa verdient gemacht und der nun gemeinsam mit den Mitgliedern des Konvents die vornehme Aufgabe übernommen hat, dieser Gemeinschaft durch die Ausarbeitung einer neuen vertraglichen Grundlage eine neue Gestalt zu geben. Mit der Auszeichnung verbinden wir die Hoffnung, dass die Union durch eine gemeinsame Verfassung noch enger zusammenwächst und dass die von Valéry Giscard d'Estaing über Jahrzehnte gelebte deutsch-französische Partnerschaft auch 40 Jahre nach Abschluss des Elysée-Vertrages Motor des europäischen Integrationsprozesses bleiben mag.



Karlspreis Europa-Forum 2003



Mittwoch, 28. Mai 2003

Programm



Dienstag, 27. Mai 2003

46

Empfang der Teilnehmer
im Weißen Saal des Rathauses
der Stadt Aachen

Dr. Jürgen Linden
Oberbürgermeister der Stadt Aachen

Abendessen im Couven-Museum

Begrüßung und Einführung

Dr. Hermann Krämer
Vorsitzender des Stiftungsrates
der Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen
Aachen

Gerd Schulte-Hillen
Vorsitzender des Aufsichtsrates der Bertelsmann AG
Stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums, Bertelsmann Stiftung
Gütersloh

Eröffnungsrede

Herausforderung Europa

Prof. Dr. Mário Soares
Präsident der Republik Portugal a. D.
Präsident der Mário-Soares-Stiftung, Lissabon
Mitglied des Europäischen Parlaments
Brüssel



Einführung und Moderation

Prof. Dr. Werner Weidenfeld
Mitglied des Präsidiums, Bertelsmann Stiftung
Gütersloh; Direktor des Centrums für angewandte
Politikforschung, Ludwig-Maximilians-Universität
München

Die Regierungsfähigkeit des Großen Europa

Tonino Picula
Außenminister der Republik Kroatien
Zagreb

Prof. Dr. Danuta Hübner
Staatssekretärin für Europäische Integration
des Außenministeriums der Republik Polen,
Warschau
Vertreterin der Regierung der Republik Polen
im Konvent zur Zukunft der Europäischen Union
Brüssel

Elmar Brok

Mitglied des Europäischen Parlaments
Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige
Angelegenheiten Menschenrechte, gemeinsame
Sicherheit und Verteidigungspolitik; Mitglied des
Konvents zur Zukunft der Europäischen Union
Brüssel

Europas Sicherheit -
Herausforderungen und Gestaltungsoptionen

José Pedro Sebastián de Erice
Staatssekretär im Außenministerium
des Königreichs Spanien; Botschafter des Königreichs
Spanien in der Bundesrepublik Deutschland a. D.

Klaus Naumann
General a.D.;
Vorsitzender des NATO-Militärausschusses a. D.
Otterfing

Die Identität Europas -
Die Frage nach Selbstverständnis
und Grenzen Europas

Moderation des Rundgesprächs
Roger de Weck
Publizist und Kolumnist
Berlin

Teilnehmer des Rundgesprächs:

Miloslav Kardinal Vlk
Erzbischof von Prag und Primas von Böhmen
Prag
Jean François-Poncet
Senator; Außenminister der Republik Frankreich a. D.
Paris
Vural Öger
Vorsitzender des Kuratoriums, Deutsch-Türkische
Stiftung, Geschäftsführender Gesellschafter
ÖGER TOURS GmbH, Hamburg

Abendessen in der Aula Carolina

Abschlussrede

Die Transatlantischen Beziehungen
in einer sich verändernden Welt

Helmut Schmidt
Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland a. D.
Mitherausgeber der ZEIT
Hamburg

Programm

47



Karlspreis Europa-Forum 2003



Dr. h. c. Krister Ahlström Vice Chairman, Stora Enso, Helsinki **Ralph Allgaier** Politik-Redaktion, Aachener Zeitung, Aachen **Prof. Dr. Shlomo Avineri** Direktor des Instituts für Europäische Studien, Hebräische Universität; ehem. Generaldirektor des Israelischen Außenministeriums, Jerusalem **Dr. Axel Berg** Stellv. Leiter der Europaabteilung, Auswärtiges Amt, Berlin **Prof. Dr. Winfried Böttcher** Institut für Politische Wissenschaft der RWTH Aachen **Leopold Bill von Bredow** Botschafter a. D.; Geschäftsführender stellv. Präsident der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin **Elmar Brok** Mitglied des Europäischen Parlaments, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik; Mitglied des Konvents zur Zukunft der Europäischen Union, Brüssel **Georg Dick** Leiter des Planungsstabs, Auswärtiges Amt, Berlin **Andrew Nicholas Duff** Mitglied des Europäischen Parlaments; Mitglied des Konvents zur Zukunft der Europäischen Union, Brüssel **Dr. Georg Ehrnrooth** Chairman des Center for Finnish Business and Policy Studies, Helsinki **Stefan A. Entel** Geschäftsführender Gesellschafter Europa-Union-Verlag; Mitherausgeber der Europäischen Zeitung, Bonn **Prof. Dr. Dr. h. c. Walter Eversheim** Sprecher des Direktoriums der Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen; ehem. Direktordes Laboratoriums für Werkzeugmaschinen und Betriebslehre der RWTH Aachen **Thomas Fischer** Projektmanager, Themenfeld Internationale Verständigung, Bertelsmann Stiftung **Jean François-Poncet** Senator; Außenminister der Republik Frankreich a. D., Paris **Günther Franitza** Westdeutscher Rundfunk, Aachen; Vize-Präsident european-journalists e.V., Frankfurt am Main **Dr. Wolfgang Gerhardt** Mitglied des Deutschen Bundestages; Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, Berlin **Dr. Claus Giering** Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Bertelsmann Forschungsgruppe Politik, Centrum für angewandte Politikforschung, Ludwig-Maximilians-Universität, München **Hervé Giraud** Vize-Admiral, Abteilung für strategische Fragen des Verteidigungsministeriums der Republik Frankreich, Paris **Prof. Dr. Ferenc Glatz** Direktor des Instituts für Geschichte an der Ungarischen Akademie der Wissenschaften; ehem. Präsident der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Budapest **Prof. Dr. Klaus Gretschmann** Generaldirektor, Generalsekretariat, Rat der Europäischen Union, Brüssel **Thomas Gutschker** Leiter Ressort Außenpolitik, Rheinischer Merkur, Bonn **Bernhard Hänel** Politischer Korrespondent, Neue Westfälische, Bielefeld



Georg Helg Mitglied des Direktoriums der Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen, Raeren **Annette Heuser** Leiterin des Büros Brüssel der Bertelsmann Stiftung, Brüssel **Axel Heyer** Herausgeber europa-digital.de, Brüssel **Johanna Holzhauer** Journalistin, WDR Bonn; Mitglied des Direktoriums der Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen **Prof. Dr. Danuta Hübner** Staatssekretärin für Europäische Integration des Außenministeriums der Republik Polen, Warschau; Vertreterin der Regierung der Republik Polen im Konvent zur Zukunft der Europäischen Union, Brüssel **Anja Ingenrieth** Aachener Nachrichten, Aachen **Prof. Dr. András Inotai** Generaldirektor des Instituts für Weltwirtschaft, Ungarische Akademie der Wissenschaften, Budapest **Josef Janning** Mitglied der Geschäftsleitung der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh; Leiter der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am Centrum für angewandte Politikforschung (CAP), München **Waltraud Kaserer** Ressortleiterin Ausland, Welt am Sonntag, Berlin **Hans Kauhsen** Vorstandsvorsitzender a. D. der Sparkasse Aachen; Mitglied des Stiftungsrates der Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen **Prof. Dr. Maximilian Kerner** Institut für Mittlere und Neuere Geschichte der RWTH Aachen **Prof. Dr. Helmut König** Institut für Politische Wissenschaft der RWTH Aachen **Dr. Eberhard von Koerber** Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Eberhard von Koerber AG, Zürich; Vizepräsident des Club of Rome **Stefan Kornelius** Ressortleiter Außenpolitik, Süddeutsche Zeitung, München **Dr. Hermann Krämer** Vorsitzender des Stiftungsrates der Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen **Carlos Lage** Mitglied des Europäischen Parlaments, stellv. Vorsitzender der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas im Europäischen Parlament, Brüssel **Karl-Heinz Lambertz** Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Königreich Belgien, Eupen **Armin Laschet** Mitglied des Europäischen Parlaments, Brüssel; Mitglied des Direktoriums der Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen **Dr. André Leysen** Vorsitzender des

Teilnehmer

Verwaltungsrates, Gevaert N.V., Antwerpen **Dr. Jürgen Linden** Oberbürgermeister der Stadt Aachen **Prof. Dr. Ernst-Moritz Lipp** Geschäftsführender Gesellschafter Odewald & Compagnie GmbH; Gesellschaft für Beteiligungen mbH, Berlin; Center for Financial Studies Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main **Prälat Dr. Johannes Müllejans** Dompropst, Domkapitel Aachen; Mitglied des Direktoriums der Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen **Klaus Naumann** General a. D.; Vorsitzender des NATO-Militärausschusses a. D., Otterfing **Vural Öger** Vorsitzender des Kuratoriums der Deutsch-Türkischen Stiftung; Geschäftsführender Gesellschafter ÖGER TOURS GmbH, Hamburg **Alojz Peterle** Mitglied der Nationalversammlung der Slowenischen Republik, Ljubljana; Mitglied des Präsidiums des Konventes zur Zukunft der Europäischen Union, Brüssel **Dr. Jost Pfeiffer** Ehrenbürger der Stadt Aachen; ehem. Mitglied des Direktoriums der Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen



Alle Publikationen sind im Verlag Bertelsmann Stiftung erschienen www.bertelsmann-stiftung.de/verlag

Dieter Philipp Präsident des Zentralverbandes des deutschen Handwerks, Berlin; Mitglied des Direktoriums der Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen **Elisabeth Pond** Editor, Internationale Politik: Transatlantic Edition, Berlin **Wolfgang Proissl** Auslandschef Financial Times Deutschland, Berlin **Prof. Dr. Helmut Reisen** OECD Development Centre, Paris **Prof. Dr. Emanuel Richter** Professor für Politische Wissenschaft am Institut für Politische Wissenschaft der RWTH Aachen **Sabine Rosenblatt** Chefredakteurin Internationale Politik, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin **Jürgen Roters** Regierungspräsident des Regierungsbezirkes Köln **Prof. Dr. Ralph Rotte** Institut für Politische Wissenschaft der RWTH Aachen **Helmut Schmidt** Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland a. D.; Herausgeber der ZEIT, Hamburg **Gerd Schulte-Hillen** Vorsitzender des Aufsichtsrates der Bertelsmann AG; stellv. Vorsitzender des Präsidiums der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh **Irene Schulte-Hillen** Vorsitzende des Vorstandes der Deutschen Stiftung Musikleben, Hamburg; Mitglied des Direktoriums der Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen **José Pedro Sebastián de Erice** Staatssekretär im Außenministerium des Königreichs Spanien; Botschafter des Königreichs Spanien in der Bundesrepublik Deutschland a. D. **Prof. Dr. Mário Soares** Präsident der Republik Portugal a. D., Präsident der Mário-Soares-Stiftung, Lissabon; Mitglied des Europäischen Parlaments, Brüssel **Dana Spinant** Deputy Editor, European Voice, Brüssel **Gisela Stuart** Mitglied des House of Commons, London; Mitglied des Präsidiums des Konvents zur Zukunft der Europäischen Union, Brüssel **Prof. Dr. Rita Süsmuth** Präsidentin des Deutschen Bundestages a. D., Berlin; Mitglied des Kuratoriums der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh **Morris Tabaksblat** Chairman, Reed Elsevier, Amsterdam **Hans-Martin Tillack** Korrespondent Brüssel, Magazin Stern, Brüssel **Jérôme Tubiana** Directeur Prospective, Danone, Paris **Jürgen Turek** Geschäftsführer des Centrums für angewandte Politikforschung, Ludwig-Maximilians-Universität, München **Joachim Fritz Vannahme** Die ZEIT, Brüssel **Miloslav Kardinal Vlk** Erzbischof von Prag und Primas von Böhmen, Prag **Dr. Lodewijk C. van Wachem** Chairman of the Board of Directors, Zurich Financial Services, Den Haag **Prof. Dr. Norbert Walter** Chefvolkswirt der Deutsche Bank Gruppe, Frankfurt am Main **Roger de Weck** Publizist/Kolumnist, Berlin **Prof. Dr. Werner Weidenfeld** Mitglied des Präsidiums der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh; Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung, Ludwig-Maximilians-Universität, München **Christian Wernicke** Europa-Korrespondent, Süddeutsche Zeitung, Brüssel **Martin Winter** Leiter des Büros Brüssel, Frankfurter Rundschau, Brüssel



Der EU-Reformkonvent – Analyse und Dokumentation
Claus Giering (Hrsg.)
CD-ROM, 1. Auflage 2003, ISBN 3-89204-747-2, Preis Eur 9,-

Karlspreis-Europa-Forum 2002. Europas Zukunft sichern

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)
Broschur, 1. Auflage 2002, 64 Seiten, Best.-Nr. 05600, kostenlos

Die EU-Verfassung in der Analyse

Werner Weidenfeld (Hrsg.)
Broschur, inklusive CD-ROM, erscheint im Sommer 2004
ca. 320 Seiten, ISBN 3-89204-727-8, Preis ca. Eur 18,-

Jenseits der EU-Erweiterung,

Werner Weidenfeld (Hrsg.)
Strategiepapier, Broschur, kostenlos
2. Auflage 2001, 64 Seiten ISBN 3-89204-557-7

Nizza in der Analyse. Strategien für Europa

Werner Weidenfeld (Hrsg.)
Broschur, inklusive CD-ROM
1. Auflage 2001, 352 Seiten, ISBN 3-89204-569-0, Preis Eur 15,-

Thinking Enlarged – The Accession Countries and the Future of the European Union. A Strategy for Reform by the Villa Faber Group on the Future of the EU

Bertelsmann Foundation and Center for Applied Policy Research (eds.)
Broschur, kostenlos, 1. Auflage 2001, ISBN 3-89204-629-8

Europa-Handbuch

Werner Weidenfeld (Hrsg.)
Gebunden mit Schutzumschlag,
Aktualisiert und völlig überarbeitet
2. Auflage 2002, 936 Seiten ISBN 3-89204-630-1, Preis Eur 35,-

Der schwerfällige Riese. Wie Russland den Wandel gestalten soll

Olaf Hillenbrand, Iris Kempe (Hrsg.)
Broschur, 1. Auflage 2003, 348 Seiten,
ISBN 3-89204-643-3, Preis Eur 20,-

Deutsch-Jüdischer Dialog – German-Jewish Dialogue 1992-2002

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)
Broschur, kostenlos, 1. Auflage 2003, 84 Seiten, ISBN 3-89204-737-5





© 2003

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh

Themenfeld Internationale Verständigung

Verantwortlich
Armando García Schmidt
Telefon: +49 / 05241 / 81 81 543
Telefax: +49 / 05241 / 81 681 543
e-mail: armando.garciaschmidt@bertelsmann.de

Redaktion und Lektorat

Kristina Diekötter
Armando García Schmidt
Sibylle Reiter

Fotografien

Marc Darchinger, Berlin
Alle Fotografien außer:
Umschlag unten links, S. 6 oben, S. 42, 45:
Andreas Hermann, Aachen
(Mit freundlicher Genehmigung der Stadt Aachen)

Gestaltung

LesShrags, Entraching

Druck

EOS Druckerei, St. Ottilien

Verlag Bertelsmann Stiftung
Bestell-Nr. 05601

www.bertelsmann-stiftung.de

